

Zum Plan „Berkenkopf-Fels“

Studien über die Auswirkungen einer allgemeinen
Gewinnbeteiligung des Arbeitnehmers und der Anlage
der Gewinnquoten in Lebensversicherungsprämien
in der Bundesrepublik Deutschland.

Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Staatswissenschaften

vorgelegt der
Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

von
Holm Ingo Viedge
aus Heidelberg Deutschland

1955



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548827_0168

Zum Plan „Berkenkopf-Fels“

**Studien über die Auswirkungen einer allgemeinen
Gewinnbeteiligung des Arbeitnehmers und der Anlage
der Gewinnquoten in Lebensversicherungsprämien
in der Bundesrepublik Deutschland.**

Dissertation

**zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Staatswissenschaften**

**vorgelegt der
Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel**

**von
Holm Ingo Viedge
aus Heidelberg Deutschland**

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät
auf Antrag des Herrn

Prof. Dr. Edgar Salin

Basel, den 21. Dezember 1955

Prof. Dr. Harald Fuchs

Dekan



GLIEDERUNG

Vorwort: Die mitmenschlichen Beziehungen und ihre gerechte Ordnung, unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Frage.

I. Kapitel: **Grundsätzliche Betrachtung zur sozialen Frage**

- A. Die Zielsetzungen der beteiligten Personengruppen und ihre Motive zur sozialen Ordnung
 - 1. Arbeitnehmerseite
 - 2. Arbeitgeberseite
 - 3. Staatliche Seite
- B. Die Auswirkungen einer leistungsgerechten Entlohnung
 - 1. Das Problem der Messung der Arbeitsleistung
 - 2. Leistungslohnsysteme
 - 3. Zusammenfassung und Folgerung
- C. Die Gewinnbeteiligung
 - 1. Der Begriff der Gewinnbeteiligung
 - 2. Historischer Überblick
 - a) Gewinnbeteiligung durch private Initiative
 - b) Gewinnbeteiligung auf Grund staatlicher Maßnahmen
 - 3. Die verschiedenen Gewinnbeteiligungssysteme
 - a) Das System mit Kapitalbeteiligung
 - b) Das System ohne Kapitalbeteiligung
- D. Der Plan Berkenkopf-Fels
 - 1. Grundsätzliches
 - a) Entstehung und grundlegende Idee
 - b) Inhalt des Planes
 - 2. Organisationsträger bei der Durchführung des Planes
 - a) Staatliche Institutionen als Organisationsträger
 - b) Einführung durch die einzelne Unternehmung
 - c) Die private Versicherungswirtschaft als Träger der Gewinnbeteiligung
 - 3. Die praktische Durchführung des Planes

II. Kapitel: **Die juristischen Probleme der Gewinnbeteiligung**

- A. Definition und Abgrenzung
 - 1. Definition des Gewinnbeteiligungsbegriffes
 - 2. Abgrenzung zur kapitalmäßigen Beteiligung
 - 3. Abgrenzung zu den sonstigen aus dem Gewinn erbrachten Leistungen
- B. Der Gewinnbeteiligungsvertrag
 - 1. Individueller oder kollektiver Vertrag
 - 2. Untersuchung des durch den Vertrag entstandenen möglichen Rechtsverhältnisses
 - a) Schenkung
 - b) BGB-Gesellschaft
 - c) Stille Gesellschaft
 - d) Zusammenfassung

- C. Die gesetzliche Einführung der Gewinnbeteiligung in der Bundesrepublik

III. Kapitel: **Die betriebswirtschaftlichen Probleme der Gewinnbeteiligung unter besonderer Berücksichtigung des Planes Berkenkopf-Fels**

- A. Der zu Grunde gelegte Gewinnbegriff
 - 1. Betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte
 - 2. Steuerliche Gesichtspunkte
- B. Probleme der Ermittlung und Aufteilung des Gewinnes
 - 1. Die Ermittlung des aufteilbaren Gesamtgewinnes
 - a) Der betriebswirtschaftliche Gewinnbegriff
 - b) Der steuerliche Gewinnbegriff
 - c) Zusammenfassung
 - 2. Die Aufteilung des Gewinnes auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital
 - 3. Die Berechnung der Einzelquoten
- C. Die betriebswirtschaftlich günstige Anwendungsmöglichkeit der Gewinnbeteiligung
 - 1. Die Bedeutung der Betriebsgröße
 - 2. Die Eignung der einzelnen Wirtschaftszweige
 - 3. Die Kapital- oder Arbeitsintensität der Unternehmung
- D. Untersuchung der verschiedenen Arbeitsmotive unter Berücksichtigung des Planes Berkenkopf-Fels
 - 1. Die egoistischen Motive
 - 2. Die unegoistischen Motive
 - 3. Zusammenfassende Betrachtung
- E. Die betriebspolitischen Zielsetzungen einer Gewinnbeteiligung
 - 1. Lohnpolitische Maßnahme
 - 2. Steigerung der Arbeitsproduktivität
 - a) Höhere Arbeitsleistung
 - b) Kostenersparnis
 - 3. Personalpolitische Folgen
 - a) Arbeiterfluktuation und Arbeiterstamm
 - b) Senkung der An- und Umlernkosten
 - 4. Gewinnbeteiligung als Maßnahme der betrieblichen Sozialpolitik
- F. Stellungnahme zur Gewinnbeteiligung
 - 1. Die unterschiedliche Einstellung der Unternehmer zur Gewinnbeteiligung bei allgemeiner Einführung und ihre Auswirkung
 - a) Positive Einstellung
 - b) Indifferente Einstellung
 - c) Ablehnende Einstellung
 - 2. Stellungnahme der Unternehmer
 - 3. Stellungnahme der Arbeitnehmer
 - 4. Stellungnahme der Gewerkschaften

IV. Kapitel: **Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen bei Anlage der Gewinnbeteiligungsquoten nach dem Plan Berkenkopf-Fels**

- A. Veränderungen der Einkommenslage
 - 1. Steigerung bei den Arbeitnehmern
 - a) Höherer Konsum
 - b) Sinken der absoluten Spartätigkeit
 - c) Verstärktes Zwecksparen
 - 2. Einkommensschmälerung bei den Kapitalbesitzern
 - a) Teilweiser Ausgleich durch Leistungssteigerungen der Arbeitnehmer
 - b) Auswirkungen auf den Konsum der Kapitalbesitzer
 - 3. Die Auswirkungen auf das Investitionsvolumen
 - 4. Auswirkungen auf die staatlichen Finanzen
- B. Die Auswirkungen bei Widerstand der Kapitalbesitzer gegen eine Gewinnschmälerung
 - 1. Klein-Kapitalbesitzer
 - 2. Anteilseigner der Personengesellschaften
 - 3. Manager in verschiedenen Marktformen
 - a) Monopolsituation
 - b) Konkurrenzwirtschaft
 - c) Oligopolistische Marktform
- C. Die Verwendung der Gewinnanteile durch die Versicherungsgesellschaften
 - 1. Die Investitionsvorschriften der Versicherungsgesellschaften
 - 2. Anlage der Gelder im sozialen Wohnungsbau
 - 3. Sofortkredite an die Arbeitnehmer
 - a) Hypothekarkredite
 - b) Wohnungszuschüsse
 - c) Sonstige Sofortkredite
- D. Gewinnbeteiligung und Konjunkturverlauf
 - 1. Auswirkungen im Aufschwung
 - 2. Auswirkungen im Stadium der Hochkonjunktur
 - 3. Auswirkungen in der Depression
 - 4. Zusammenfassung
- E. Reaktion der von der Gewinnbeteiligung ausgeschlossenen Arbeitnehmer
 - 1. Lohnforderungen der Arbeitnehmer
 - 2. Forderungen nach besserer Altersversorgung
 - 3. Auswirkungen bezüglich des Arbeitsplatzwechsels
- F. Zusammenfassende Betrachtung

„Wir treten nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen:
Hier ist die Wahrheit, hier kniee nieder!
Wir entwickelten der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien.“

Karl Marx

Vorwort

Alles Existente steht in Bezug zu einem anderen Existierenden und zur Gesamtheit des Seienden. Der Mensch ist in seiner Grundstruktur ein soziales¹⁾ Wesen²⁾. Er wird in einen gesellschaftlichen Verband hineingeboren und ist sein ganzes Leben ein Subjektteil bestimmter gesellschaftlicher Gruppen. Die zwischenmenschlichen Beziehungen innerhalb der einzelnen Gruppen und die Kontaktformen der Gruppen untereinander sind grundlegende Bestimmungsfaktoren für ein geordnetes Gesellschaftsleben. Der Aufbau einer gerechten Ordnung menschlicher Beziehungen innerhalb einer Gesellschaft ist um so bedeutsamer, je bewußter und rationaler die Menschen leben.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehören zu zwei verschiedenen sozialen Gruppen, die sich durch die explizite Entstehung des Arbeitsmarktes mit aufkommender Industrialisierung gebildet haben. Ihre Interessen sind in Bezug auf bestimmte Sachverhalte, z. B. des Arbeitslohnes, entgegengesetzt. Die Bemühungen zur Lösung der daraus entstehenden Konflikte durch Minderung der Gegensätze sind ebenso zahlreich wie die Motive hierzu. In der Enzyklika „Quadragesimo anno“ aus dem Jahre 1931 hat Papst Pius XI. zu einer christlichen Sozialreform und berufsständischen Gesellschaftsordnung aufgerufen³⁾. Als Mittel zur Entproletarisierung der Arbeiterklasse werden darin Mitbesitz, Mitbestimmung und Gewinnbeteiligung genannt. Diese Maßnahmen sollen einen Wandel in der geistigen Einstellung des Arbeitnehmers zu seinem Betrieb bewirken, der eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe repräsentiert, der er zur Erhaltung seiner ökonomischen Existenz unabdingbar verhaftet ist. Die Humanisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen im betrieblichen Verband wird als Nebenwirkung auch eine Lockerung und Aufgeschlossenheit anderen Lebensproblemen gegenüber, wie denen der Religion und Kultur, nach sich ziehen.

Die drei Begriffsinhalte Mitbesitz, Mitbestimmung und Gewinnbeteiligung sind eng miteinander verbunden. Da sie die gesamten Kontaktformen der betrieblichen Gruppe betreffen, ginge es über den Rahmen der vorliegenden Arbeit hinaus, wenn diese sich ausführlich und erschöpfend mit den Problemen des Mitbesitzes und der Mitbestimmung auseinandersetzen würde. Eine Betrachtung soll an entsprechender Stelle nur dort durchgeführt werden, wo sie im Zusammenhang mit dem gestellten Thema der Gewinnbeteiligung erforderlich ist.

1) Vgl. Socius (lat.) = der Mitmensch

2) Aristoteles nannte den Menschen ein „zoon politicon“, ein geselliges Wesen. Heidegger spricht in diesem Zusammenhang vom „Mitsein“.

3) Zitiert bei: v. Nell-Breuning a. a. O., Seite 2

I. Kapitel:

Grundsätzliche Betrachtung der sozialen Frage

A. Die Zielsetzungen der beteiligten Personengruppen und ihre Motive zur sozialen Ordnung

Wenn verschiedene Gruppen Beiträge zur Lösung eines gemeinsamen Problems leisten, dann werden ihre Interessen Richtschnur sein. Die Kerngedanken der gewerkschaftlichen, betrieblichen oder staatlichen Sozialpolitik enthielten stets die Berücksichtigung der eigenen Interessen. Diese können sich mit den Umweltverhältnissen und den Bedingungen ändern, unter denen sie entstanden sind. Die Beiträge, die seit der Entstehung der sozialen Frage von den verschiedenen Seiten geliefert wurden, bestätigen diese Überlegung.

1. Arbeitnehmerseite

Mitbesitz, Mitbestimmung⁴⁾ und Gewinnbeteiligung als Forderungen der Arbeitnehmer⁵⁾, die in einem Betrieb im Rahmen eines Arbeitsvertrages tätig sind und ihre ganze Selbständigkeit opfern, erscheinen zur Berücksichtigung ihres Gruppeninteresses angemessen. Extremer liegen die Zielsetzungen, wenn Arbeitnehmer fordern, daß das Kapital der Arbeit unterzuordnen sei, oder noch weiter gehen und eine Überführung der Produktionsmittel aus Privatbesitz in Gemeinbesitz verlangen. Zweifellos handelt es sich hier um Forderungen, die den Gesetzen vom Eigentum unseres westlichen Kulturkreises widersprechen. Wir dürfen dabei aber nicht übersehen, daß diese Gedanken ihren Ursprung in einer Zeit haben, in der Besitz als tatsächliche Sachherrschaft und Eigentumsrecht sehr oft als synonyme Begriffe angesehen wurden.

2. Arbeitgeberseite

Andererseits gibt es auch auf Arbeitgeberseite Persönlichkeiten, die aus einer humanitären oder christlichen Einstellung heraus sehr früh mit beginnender Industrialisierung nach Interessenausgleich zwischen den Sozialpartnern strebten. Andere kamen den Forderungen der Arbeitnehmer schrittweise so weit entgegen, wie sie nach Lage der Dinge unter dem Zwang der Verhältnisse unbedingt mußten. Durch sie werden auch heute noch die Grundsätze des Interessenausgleichs der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur von einem Nutzen denken aus betrachtet und verwirklicht.

3. Staatliche Seite

Die ersten Anfänge einer staatlichen Sozialpolitik in Deutschland liegen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In Preußen war es der Kultusminister von Altenstein, der auf das Elend der rheinischen Fabrikkinder im Jahre 1818 aufmerksam wurde und unter dem geistigen Einfluß der Staatsauffassung von

⁴⁾ Verwirklicht durch das Betriebsverfassungsgesetz v. 11. 10. 1952

⁵⁾ Als Arbeitnehmer bezeichnen wir Personen, die auf Grund eines freiwilligen Vertrages gegen Entgelt tätig sind.

Rousseau und W. von Humboldt gesetzliche Maßnahmen vorbereitete, die die Einrichtung einer staatlichen Gewerbeaufsicht zum Ziel hatten. Nachdem er anfänglich bei dem Minister des Inneren auf Widerstand gestoßen war, wurde ihm durch den Kriegsminister von Horn gewichtige Hilfe zuteil. Durch die vorgenommene Aushebung wurde eine Verringerung der Kinderarbeit erreicht. Daraufhin beschäftigte sich Friedrich Wilhelm III. mit dieser Angelegenheit. Aber erst am 6. April 1839 wurde ein Gesetz herausgebracht, das die Arbeit von Kindern unter 9 Jahren vollständig verbot und den Jugendlichen unter 16 Jahren den zehnstündigen Höchstarbeitstag neben Nacht- und Sonntagsarbeitsverbot brachte. Die übrigen deutschen Staaten haben diese ungenügende Sozialpolitik des vormärzlichen Preußens kaum übertroffen⁶⁾. Einer systematischen Sozialpolitik war man bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts abhold. Die schrittweise erfolgten Zugeständnisse und Maßnahmen sind größtenteils darauf zurückzuführen, daß die Arbeitnehmer zu einem gewissen Gruppenbewußtsein gelangten, sich ihrer elenden Lage bewußt wurden und gestützt durch die sozialistischen wissenschaftlichen Schulen (Marx, Lasalle u. a.) Hilfsmaßnahmen des Staates forderten. Bismarck's Tat auf dem Gebiet der staatlichen Sozialpolitik geht aus der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 klar hervor. Hierfür führte der Kaiser u. a. aus: Er werde seine reichgesegnete Regierungszeit am schönsten gekrönt wissen, wenn er dereinst das Bewußtsein mitnehmen könne, „dem Vaterland neue und dauerhafte Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Bestandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen.“ Die Entwicklung läßt erkennen, daß man bemüht war, die vorhandenen Mißstände zu beseitigen.

B. Die Auswirkungen einer leistungsgerechten Entlohnung

Wichtigster Teil des Sozialproblems ist die Bestimmung des Lohnes als das für den Faktor Arbeit gezahlte Entgelt. Für die einzelne Unternehmung ist der Lohn ein Kostenfaktor von entscheidender Bedeutung. Für den Arbeitnehmer ist er meist das einzige Einkommen, mit dem in vielen Fällen der Lebensunterhalt mehrerer Familienmitglieder bestritten werden muß. Die Bestimmung der Lohnhöhe liegt heutzutage grundsätzlich in den Händen der Vertreter von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, d. h. die Vereinbarungen dieser Sozialpartner legen gewisse Mindestlöhne fest, die zwar überschritten, aber nicht unterschritten werden dürfen.

1. Das Problem der Messung der Arbeitsleistung

Die Messung der menschlichen Arbeitsleistung stellt sich als ein Problem besonderer Art dar. Die Arbeit tritt uns als Resultat konkret im Arbeitsergebnis entgegen. Mit Hilfe des Zeitmaßes kann der Zeitabschnitt ermittelt werden, der zur Erstellung des Ergebnisses nötig war. Über den leistungsmäßigen Inhalt ist damit aber noch nichts gesagt. Um zu einer Aussage zu kommen, könnte der Kräfteaufwand d. h. der Kalorienverbrauch je Zeitabschnitt ermittelt werden, wodurch jedoch immer noch nicht berücksichtigt ist, ob es sich um eine

⁶⁾ v. Heyde, a. a. O., Seite 35

durchschnittliche, unterdurchschnittliche oder überdurchschnittliche Leistung handelt, in welchem Umfang Geistes- und Nervenkräfte beansprucht sind. Die Arbeitswissenschaft versucht hier, durch methodisches Schätzen verschiedenster Leistungskomponenten zu brauchbaren Ergebnissen zu kommen und durch Arbeitsbewertung den Schwierigkeitsgrad der Arbeit zu ermitteln, ähnlich wie den Leistungsgrad durch Zeitstudien.

2. Leistungslohnsysteme

In Anlehnung – besonders an die Zeitstudien – wurden Lohnformen entwickelt, bei denen Lohn und Leistung eng miteinander verknüpft sind. Im Gegensatz zum Zeitlohn, bei dem die Zeiteinheit als Bemessungsgrundlage dient, wird beim Akkordlohn die Leistung selbst als Maßstab genommen, indem man eine quantitative bestimmte Arbeitsmenge entweder mit einem festen Geldwert (Lohnsatz) oder erst mit einem festen Zeitwert und anschließend mit einem Geldfaktor bewertet. Daneben gibt es Zwischenformen des Zeit- und Akkordlohnes, wie sie besonders von Rowan und Halsey entwickelt wurden.

3. Zusammenfassung und Folgerung

Zweifellos führt der Leistungslohn zur weitgehendsten Objektivierung und Versachlichung des Lohnproblems. Dabei darf aber keinesfalls übersehen werden, daß der individuelle Leistungsbegriff der Arbeitswissenschaft stark arbeitsphysiologisch orientiert ist. Das Streben nach dem gerechten Lohn ist nicht in der Festlegung der Normalleistung und der darauf aufbauenden Mehrleistung erschöpft. Der zu Grunde gelegte individuelle Leistungsbegriff aus der Beziehung von Arbeitendem und Arbeitsobjekt ist zu eng gefaßt. Um zu einer zufriedenstellenden Lösung zu kommen, ist nicht nur die Einzelleistung zu betrachten, wie sie sich im Arbeitsergebnis niederschlägt. Unabhängig davon muß auch die Betriebsleistung der Unternehmung als soziale Gruppe, die im Gewinn ihren Ausdruck findet, bei einer gerechten Entlohnung mitberücksichtigt werden. Der Gewinn ist unverteiltetes Einkommen der Produktionsfaktoren und damit Ergebnis der Zusammenarbeit in der Betriebsgemeinschaft. Erst wenn es gelingt, den Produktionsfaktoren, im engeren Sinne den Arbeitern, ihren Anteil am Gewinn zuzumessen, kann die materielle Seite der sozialen Frage als gelöst angesehen werden.

C. Die Gewinnbeteiligung

1. Der Begriff der Gewinnbeteiligung

An der Erstellung der betrieblichen Leistungen wirken alle Produktionsfaktoren zusammen. Gutenberg⁷⁾ unterscheidet drei Elementarfaktoren: objektbezogene Arbeitsleistung, Betriebsmittel, Werkstoffe und den dispositiven Faktor in seiner Unterteilung in Geschäftsleitung, Planung und Betriebsorganisation. Demnach ist unter Gewinnbeteiligung im weitesten Sinne die Zurechnung des Gewinnes an alle Produktionsfaktoren zu verstehen, da sowohl Arbeit als

7) Gutenberg, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Band I, Die Produktion, 2. Aufl., Berlin - Göttingen - Heidelberg, 1955

auch Kapital, Material und der dispositive Faktor an der Erstellung der Produktionsleistung mitwirken. Zum Material gehören materielle und immaterielle Güter, also auch Dienstleistungen etwa von Wirtschaftsprüfern, Rechtsanwälten, Marktforschungsinstituten u. a. m. Die Zuteilung des Gewinnes an die Lieferanten dieses Produktionsfaktors „Material“ kann unberücksichtigt gelassen werden, da deren Entgelt in der Höhe der Warenpreise am Lieferantenmarkt durch Marktform und Machtposition der Marktpartner seine Bestimmung findet. Der Begriff der Gewinnbeteiligung auf die Produktionsfaktoren Kapital, Arbeit und Unternehmerleistung, im engeren Sinne nur auf die Arbeit, wird nicht einheitlich gebraucht. So ergab sich vor allem eine Verwirrung dadurch, daß man die verschiedensten Arten der Prämienlohnsysteme auch in die Gewinnbeteiligung einbezog.

Bestimmend für die Gewinnbeteiligung ist, daß ein Teil des Einkommens der Arbeitnehmer in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ertrag des Unternehmens steht und sich entsprechend diesem ändert⁸⁾. In der Literatur besteht keine einheitliche Vorstellung über diesen Begriff. Wir schließen uns Bayer⁹⁾ an, der die Gewinnbeteiligung wie folgt definiert: „Sie ist jene Art der Einkommensbildung der gesamten Arbeitnehmerschaft eines Betriebes, wonach zu einem, mindestens dem Durchschnittslohn entsprechenden, Basislohn gegebenenfalls ein zusätzliches Einkommen tritt, dessen Höhe in einem vorher festgesetzten Verhältnis zum Ertrag des Unternehmens steht.“

2. Historischer Überblick

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit soll ein kurzer Überblick über die Entwicklung sowohl der freiwillig eingeführten als auch der durch staatliche Gesetzgebung erfolgten Einführung der Gewinnbeteiligung gegeben werden, wobei nicht auf die Beweggründe im einzelnen eingegangen wird.

a) Gewinnbeteiligung durch private Initiative

Einer der ersten Fälle einer Gewinnbeteiligung fällt in das Jahr 1741 in der Textilfabrik Agathof, geb. Ahnesorge, Kassel-Bettenhausen. Im Jahre 1847 führte der bekannte Nationalökonom Johann Heinrich von Thünen auf seinem Gute Tellow in Mecklenburg eine Ertragsbeteiligung der Arbeiter durch. Dieses System hielt sich sehr lange. Die „Fabrik“, die der Berliner Fabrikant Heinrich Freese 1884 einführte, hat ebenfalls Beachtung gefunden. Ihr Kernstück war eine Arbeitervertretung, die als ein Vorläufer des 1920 eingeführten Betriebsrates angesprochen werden kann. Zunächst beteiligte Freese nur die Angestellten, 1890 aber auch die Arbeiter am Gewinn, indem ein Teil vom jährlichen Reingewinn nach Abzug von 5% Kapitalzins und 5% Tantiemen für die Betriebsleitung an die Mitarbeiter ausgezahlt wurde. Im Jahre 1896 folgte ein Anteilssystem des Coburger Steingutfabrikanten Roesler unter Mithilfe des Statistikers Engel. Ferner sind auch noch die von Abbé im Zeiss-Werk, Jena, eingeführte Gewinnbeteiligung (1896) und die nach dem ersten Weltkrieg begonnene Kleinaktienbeteiligung von Krupp, Essen, zu nennen.

⁸⁾ Bayer, Hans: Gewinnbeteiligung, Wien 1952, Seite 45

⁹⁾ Bayer, Hans: a. a. O., Seite 47

In Frankreich war Jean Leclair einer der Väter der Idee des Anteilsystems. Er führte bereits im Jahre 1842 eine Beteiligung in seinem Baualereigeschäft ein. Im Jahre 1876 folgte in Frankreich die Ofenfabrik Godin.

In den USA sind das 1880 eingeführte Gewinnbeteiligungssystem der Nelson-Manufacturing Co., St. Louis, und das um die gleiche Zeit begonnene System der US-Steel-Corporation zu nennen.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren es in Deutschland und England je etwa 80 Unternehmungen, in der Schweiz 35 und in Frankreich etwa 20 Betriebe, die innerhalb dieser Zeit dazu übergingen, ihre Mitarbeiter am Ertrag partizipieren zu lassen. Aber dieser ansteigende Trend setzte sich nicht fort. In England wurde zwar im Jahre 1884 eine Vereinigung zur Pflege des Partnerschaftsgedankens gegründet und die eingeführten Gewinnbeteiligungen blieben wenigstens in den folgenden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zum größten Teil bestehen, in Deutschland dagegen stellte sich ein beachtlicher Rückgang ein. Von den bekannten Unternehmen haben sich bis zum Jahre 1945 nach dem Wissen des Verfassers nur die von Zeiss und Freese erhalten. Entsprechend erschien in der Literatur etwa noch bis zum Jahre 1910 ein umfangreiches Schrifttum über die Gewinnbeteiligung; danach sind nur noch vereinzelte Abhandlungen entstanden, und erst in neuerer Zeit ist wieder ein regeres Interesse vorhanden. In den letzten Jahren mehrte sich die Anzahl der Unternehmen, die eine Gewinnbeteiligung einführen. Hier sind an erster Stelle die Duisburger Kupferhütte¹⁰⁾, Siemens & Halske¹¹⁾, Siemens-Schuckert¹²⁾, Kampf & Spindler¹³⁾ zu nennen.

b) Gewinnbeteiligung auf Grund staatlicher Maßnahmen

Frankreich war das erste bedeutende Land, das auf breiterer Basis gesetzliche Bestimmungen getroffen hat, um den Arbeitnehmer an der Geschäftsführung und dem Gewinn eines Unternehmens zu beteiligen, und zwar durch das Gesetz¹⁴⁾ vom 26. 4. 1917. Hier wurden bestimmte rechtliche Normen für Aktiengesellschaften mit Arbeiterbeteiligung festgesetzt. Der Gesetzgeber versuchte damit, das Problem auf dem Boden des Aktienrechts zu lösen. Wird eine Teilnahme an der Leitung des Betriebes – sei es in der Generalversammlung, sei es im Verwaltungsrat – mit einer Beteiligung am Reingewinn des Unternehmens verbunden, so ist nach französischem Recht der Besitz von Aktien erforderlich. Deshalb wurde eine Arbeitsaktie geschaffen, die auf Arbeitsleistung und nicht auf eingezahltem Kapital basierte. Indem die Aktien der genossenschaftlich organisierten Gesamtheit der Arbeitnehmer zugeschrieben wurden, der Gesetzgeber sie also zum Kollektivbesitz der Belegschaft machte, versuchte er, die Schwierigkeit einer individuellen Bewertung der einzelnen Arbeitskraft zu meistern. Gemäß bestimmter Vorschriften war nach Beschluß der Generalversammlung der auf die Arbeitsaktie entfallende Reingewinn zu ver-

10) Duisburger Kupferhütte AG, Duisburg, Gewinnbeteiligung seit dem Jahre 1948

11) Siemens & Halske AG, München, Kapital- und Gewinnbeteiligung seit dem Jahre 1951

12) Siemens-Schuckert AG, Nürnberg, Kapital- und Gewinnbeteiligung seit dem Jahre 1951

13) Kampf & Spindler, Hilden/Rhld., „Spindler-Plan“ seit dem Jahre 1951

14) „Société anonyme à participation ouvrière“.

teilen. Da von dieser Möglichkeit der Beteiligung der Arbeitnehmer am Gewinn in Frankreich nur spärlich Gebrauch gemacht wurde, versuchte der Staat, durch besondere steuerliche Vergünstigungen einen Anreiz zu geben. Nach einem Gesetz vom 9. 9. 1919 sollten außerdem Bergwerkskonzessionen nur dann gegeben werden, wenn die Gewinnbeteiligung eingeführt wurde. Aber ein durchschlagender Erfolg dieser Maßnahmen blieb aus.

Auch in anderen Staaten waren Bestrebungen für eine Arbeitnehmergewinnbeteiligung vorhanden¹⁵⁾. In Großbritannien wurde in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts aus der Begeisterung für die Partnerschafts-idee heraus das Gesetz vom 5. 7. 1866 geschaffen, das aber ohne nennenswerte Bedeutung blieb. Nachdem im Jahre 1921 ein Arbeitskampf in den englischen Kohlenrevieren durch Intervention der Regierung beigelegt worden war, wurde in diesem Wirtschaftszweig die gesetzliche Gewinnbeteiligung eingeführt.

In der Tschechoslowakei brachte ein Gesetz vom 25. 2. 1920 für die Bergarbeiter die Teilnahme am Gewinn und an der Betriebsleitung. Portugal schuf im Jahre 1888, zusammen mit dem Tabakmonopol, auch eine individuelle Gewinnbeteiligung. In Italien regelte das Gesetz vom 15. 9. 1918 die Nutznießung der Arbeitnehmer am Ertrag von Privatbetrieben.

Vielfach wird die Gewinnbeteiligung in den Vereinigten Staaten von Amerika und namentlich der sogenannte „Rucker-Plan¹⁶⁾“ als mustergültiges Beispiel hingestellt. In diesem Land wirkt sie sich tatsächlich auch dort, wo sie in kollektiver Form erfolgt und hauptsächlich an Pensions- und Unterstützungskassen gegeben wird, in verschiedener Hinsicht sehr günstig aus. Eine gesetzliche Regelung gibt es in den USA bis heute nicht. Die Einführung der Gewinnbeteiligung erfolgt stets auf Privativinitiative der einzelnen Unternehmen¹⁷⁾.

Anders war es dagegen in Lateinamerika, wo vielfach auf Grund staatlicher Initiative die Gewinnbeteiligung durch Hoheitsakt eingeführt wurde. Chile hat durch ein Gesetz vom Jahre 1931 alle Unternehmen der Industrie und des Handels verpflichtet, 20% ihres Reingewinnes als Gratifikation den Arbeitnehmern zukommen zu lassen; für Bergwerks- und Transportunternehmen galten nur wenige Abänderungen. In Peru und Venezuela ist im Jahre 1936 die Gewinnbeteiligung des Arbeitnehmers in bestimmten Formen für obligatorisch erklärt worden. In Kolumbien hat der Gesetzgeber im Jahre 1948 zwingend festgelegt, daß in Betrieben von bestimmter Größe die Stammebelegschaft am Ertrag teilhaben soll. In Mexiko gewährt die Verfassung dem Arbeitnehmer grundsätzlich einen Anspruch auf Gewinnbeteiligung, während es den einzelnen Bundesstaaten überlassen bleibt, die näheren Einzelheiten anzuordnen. Unterschiedlich zur Entwicklung in anderen Ländern standen in Deutschland meist die Bestrebungen im Vordergrund, den Arbeitnehmer an der Mitbe-

¹⁵⁾ Vgl. hierzu auch Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 2. Aufl., IV. Band, S. 1159 ff. und Wörterbuch der Volkswirtschaft, 4. Aufl., II. Band, S. 193

¹⁶⁾ Dieser Plan wurde von der Eddy-Rucker-Nickels-Corporation in Boston entworfen. Er geht davon aus, daß im Betrieb Kapital, Management und Arbeitnehmer zusammenwirkend den Wertzuwachs schaffen, der die Differenz darstellt zwischen den Rohstoff- und Energiekosten einerseits und den Werten der Fertigerzeugnisse andererseits.

¹⁷⁾ An unterschiedlichen Typen von Gewinnbeteiligungsplänen sind z. B. die der folgenden Firmen zu nennen: SEARs Roebuck & Co., Company, Refrigeration Service Shop, Inc.

stimmung und Leitung des Unternehmens mitwirken zu lassen. Unter diesem Aspekt ist in Deutschland der Werdegang zu sehen und zu beurteilen.

Bereits im Jahre 1849, als die Nationalversammlung über eine Gewerbeordnung beriet, wurden Arbeitsausschüsse vorgeschlagen; sie fanden aber erst in der Novelle vom 1. 7. 1891 ihren gesetzlichen Niederschlag. Im Betriebsrätegesetz vom 4. 2. 1920 und in dem etwa zwei Jahre später erlassenen Aufsichtsratsgesetz wurde dem Arbeitnehmer ein Recht auf Mitsprache und Mitbeteiligung am Unternehmen zuerkannt¹⁸⁾.

Im Jahre 1910 versuchte die Fraktion des Zentrums erst vergeblich, eine solche Begünstigung für die Arbeiter im Kalibergbau zu erwirken, wozu das Reichskaligesetz entsprechend geändert werden sollte. Das preußische Abgeordnetenhaus nahm zwei Jahre später ein Gesetz an, nach dem höhere Werkbeamte in staatlichen Bergbaubetrieben am Gewinn partizipieren durften.

Von besonderem Gewicht war eine ablehnende Stellungnahme zur Gewinnbeteiligung des 32. deutschen Juristentages, der im Jahre 1921 in Bamberg stattfand. Er folgte dabei einer Studie von Kaskel und Ehrenzweig¹⁹⁾. Danach sollte sich eine etwaige gesetzliche Regelung darauf beschränken, einzelne Arten der Gewinnbeteiligung fakultativ zu normieren, ohne dabei die Anwendung weiterer Formen auszuschließen. Endlich wurde statt eines Gesetzes vorgeschlagen, übliche und empfehlenswerte Beteiligungsarten als Musterstatuten herauszugeben²⁰⁾. Bis heute ist die Entwicklung kaum über diesen Punkt hinausgekommen. Die seitherigen Anträge, Entwürfe und Vorschläge²¹⁾ haben zu keinem Gesetz geführt.

3. Die verschiedenen Gewinnbeteiligungssysteme

Die verschiedenen gebräuchlichen Beteiligungsmethoden lassen sich im wesentlichen auf zwei Grundformen zurückführen, nämlich auf:

- a) Gewinnbeteiligung durch kapitalmäßige Beteiligung
- b) Gewinnbeteiligung ohne kapitalmäßige Beteiligung.

Zur besseren Übersicht folgt eine schematische Darstellung der beiden Grundtypen einer Gewinnbeteiligung und ihrer Unterformen²²⁾, wobei die Konzeption des Planes Berkenkopf-Fels²³⁾, der der nachfolgenden Untersuchung zu Grunde liegt, durch besondere Umrandung hervorgehoben ist.

Eine Gewinnbeteiligung kann grundsätzlich individuell oder auch kollektiv erfolgen durch Zwischenschaltung einer die Arbeitnehmer des Betriebes umfassenden Anteilsgemeinschaft oder einer überbetrieblichen Gewinnbeteiligungs-

18) Vgl. Blumer, Werner, a. a. O., S. 6 ff.

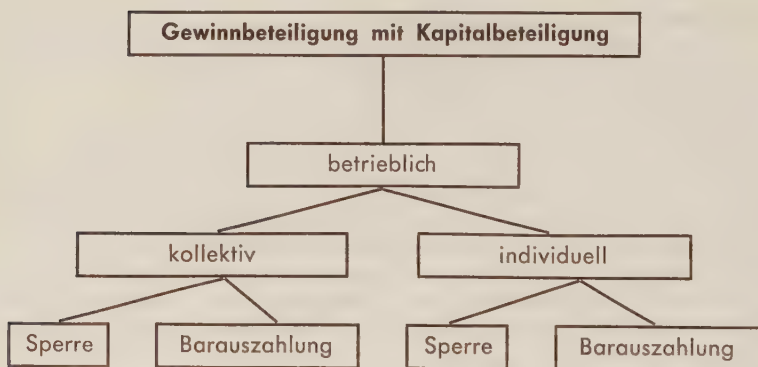
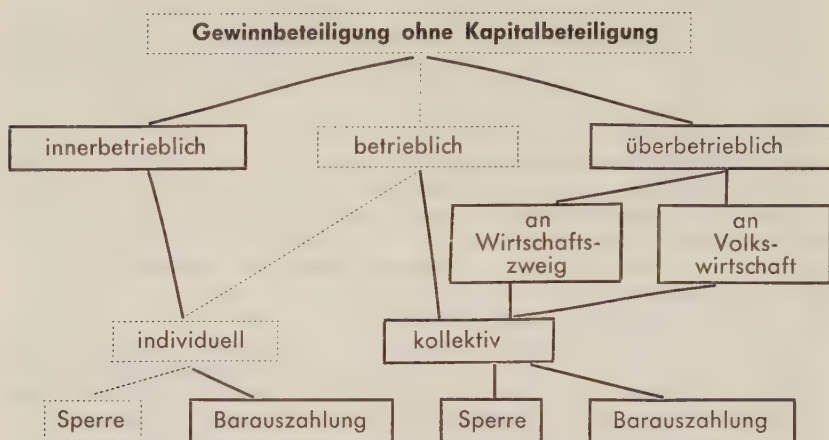
19) Kaskel und Ehrenzweig: In welcher rechtlichen Form ist die Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital und am Gewinn des Unternehmens möglich? In: Reichsarbeitsblatt, Nichtamtlicher Teil, Nr. 25, 1921, S. 1027.

20) Vgl. auch Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Band IV, S. 1159 ff.

21) So z. B. die Anträge der Fraktionen der Christlich-Demokratischen-Union, Christlich-Sozialen-Union und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Bundestag, der Gesetzesvorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 22. 5. 1950, die Stellungnahme der Unternehmensgemeinschaft vom Mai 1950, der Regierungsentwurf zu einem Betriebsverfassungsgesetz vom 5. 9. 1950.

22) Teilw. entnommen aus: Jenny, Hans, a. a. O., S. 32 ff u. S. 54

23) Der Plan Berkenkopf-Fels wird im folgenden Abschnitt besonders erörtert.



Bei der punktiert gekennzeichneten Form der Gewinnbeteiligung handelt es sich um die nach dem Plan Berkenkopf Fels.

gesellschaft, der die Anteile von verschiedenen Unternehmen übertragen werden. In jedem Fall, ob mit oder ohne Kapitalbeteiligung, können die Quoten sofort ausgezahlt werden oder bis zu einem gewissen Zeitpunkt gesperrt bleiben. Jenny²⁴⁾ kennt bei der Kapitalbeteiligung zwar nur die Barauszahlung, es ist aber auch eine teilweise Sperrung des Gewinnbetrages möglich. Bei dem System mit Kapitalbeteiligung ist der Arbeitnehmer Miteigentümer des Unternehmens und bezieht in dieser Eigenschaft seinen Anteil am Reinertrag der Unternehmung. Daß hier eine Gewinnbeteiligung von Arbeitnehmern vorliegt, wird von verschiedenen Seiten bestritten²⁵⁾.

Es darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, daß diese Miteigentümer der Unternehmung in einem weisungsgebundenen Dienstverhältnis stehen.

In der Praxis kennen wir als Beispiele einer solchen Kombination von Kapital- und Gewinnbeteiligung nur den Aktienbesitz des Arbeitnehmers. Dieses Wertpapier – auch Arbeiteraktie genannt – ist in der Regel ein Namenspapier, das nicht ohne Zustimmung des Unternehmers übertragen werden kann.

Sofern solche Effekten von Arbeitnehmern käuflich zu erwerben sind, wird dies dadurch erleichtert, daß hierfür Kleinaktien ausgegeben werden und der Ankauftspreis im allgemeinen niedriger als der Börsenkurs ist, oft sogar unter pari liegt. Weiterhin wird in der Praxis nicht selten der Rückkauf zum Nominalwert garantiert. Bei Siemens & Halske und Siemens-Schuckert bekommt der Arbeiter u. a. Aktienzertifikate zunächst als Gewinnanteil.

Neben der Arbeiteraktie, die käuflich erworben werden muß, gibt es auch die Arbeitsaktie²⁶⁾. Hier wird von der Vorstellung einer „kapitalisierten Arbeitskraft“ ausgegangen und ein auf diese Weise errechnetes „Kapital“ als Grundlage der Aktie betrachtet. Hierzu führt Jenny²⁷⁾ sehr interessant aus: „...Wir werten die Arbeitsaktie lediglich als einen Versuch, den Gewinnbeteiligungsgedanken theoretisch zu rechtfertigen und sehen ihren praktischen Wert höchstens darin, daß sie als Verteilungsschlüssel für die Festlegung der Gewinnanteile und evtl. als Grundlage für das Mitspracherecht der Arbeitnehmer im Betrieb dienen kann. Im übrigen besteht durch das Vorhandensein der Arbeitsaktie die Gefahr, den Begriff „Kapital“ und damit die tatsächlichen Kapitalverhältnisse einer Unternehmung oder der Volkswirtschaft zu verwischen.

Im Rahmen der Systematik der Gewinnbeteiligungsformen ist zu entscheiden, ob die Arbeitsaktie neben der Arbeiteraktie als Kapitalbeteiligungsform aufgefaßt werden kann. Es wäre zwar denkbar, daß das Aktienrecht die Arbeitskraft als Werteinlage zuließe, aber diese rechtliche Konstruktion kann nicht maßgebend sein. Im Sinne der Nationalökonomie gehört die als „Fiktives Kapital“ bewertete Arbeitskraft nicht zum Produktionsfaktor Kapital. Die Arbeitsaktie ist deshalb zur anteillosen Gewinnbeteiligung zu zählen.

24) Vgl., Jenny, Hans, a. a. O. S. 39 ff u. S. 64

25) Vgl. Tanzler, Fritz: „Durch Besitz zum Arbeitsfrieden“ Berlin, S. 14.
Vgl. Einhauser, Rudolf: „Die Gewinnbeteiligung, ihr Einfluß auf den Unternehmerngewinn und auf die Beziehungen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber“ München 1897, S. 8.

26) Vgl. dazu den Abschnitt „Historischer Überblick“ (Frankreich)

27) Jenny, Hans, a. a. O., S. 46 ff

Die Gewinnbeteiligung ohne kapitalmäßige Beteiligung ist die echte Gewinnbeteiligung. Sie beruht auf der Betriebsleistung unter Berücksichtigung der Arbeitsleistung der Mitarbeiter. Sie kommt erst dann zur Auswirkung, wenn ein Gewinn erzielt wurde, wobei es keine Einschränkung bedeutet, wenn die Anteile nicht sofort bar ausgezahlt werden.

D. Der Plan Berkenkopf-Fels

1. Grundsätzliches

Der Plan „Berkenkopf-Fels“ stellt einen weiteren Anstoß zu Beispielen aus den Vereinigten Staaten von Amerika dar, und zwar zur Verwirklichung von Gedanken, die bereits in Kreisen der Unternehmerschaft diskutiert wurden.

a) Entstehung und grundlegende Idee

Eine für deutsche Verhältnisse neuartige Verwendung der Gewinnbeteiligungsquoten wurde im Jahre 1949 durch den „Berkenkopf-Fels“-Plan vorgeschlagen. Herausgegeben wurde dieser Plan von der Studiengemeinschaft für die Erweiterung der sozialen Arbeitnehmerfürsorge auf privatrechtlicher Grundlage. Der Entstehung dieses Planes ist ein Aufsatz über betriebliche Altersfürsorge von Prof. Dr. Dr. Berkenkopf (Bonn) vorausgegangen. Hier wurde auf die verschiedenen Formen der Ertragsbeteiligung in den Vereinigten Staaten von Amerika hingewiesen, u. a. auch auf die Anlage von Ertragsquoten in Lebensversicherungsprämien für die Arbeitnehmer. Ein daran anknüpfender Gedankenaustausch zwischen führenden Kreisen der westdeutschen Versicherungswirtschaft, der Industrie und des Handels mit Prof. Berkenkopf führte zur Gründung der „Studiengemeinschaft für die Erweiterung der sozialen Arbeitnehmerfürsorge auf privatrechtlicher Grundlage“ mit dem Sitz in Köln. Von den privaten Lebensversicherungsunternehmen nahm Herr Dir. Fels (Essen) einen maßgebenden Einfluß.

Die Initiatoren stellen dabei die Idee des sozialen Ausgleichs in den Vordergrund und hoffen, damit auch einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel entgegen zu wirken. Im Plan Berkenkopf-Fels erfolgt in spezieller Weise eine Bindung der Ertragsquoten, die als eine besondere Form der betrieblichen Sozialpolitik erscheint.

In einigen, vor allem in größeren Unternehmen, bestehen vielfach bereits freiwillige Fürsorgemaßnahmen für die Arbeitnehmer. Hierzu gehören u. a. neben Unterstützungs- und Pensionskassen ebenso Gefolgschafts- oder Mitarbeiterversicherungen. Das Unternehmen schließt für seine Angestellten Versicherungsverträge in direkter²⁸⁾ und indirekter²⁹⁾ Form ab. Versicherungs- und Fürsorgegedanken sind eng miteinander verbunden. Bei konsequenter Fortführung des Versicherungsgedankens ist es nicht verwunderlich, daß die Mitarbeiterversicherung als eine spezielle Form der Gewinnbeteiligung auftritt. Unternehmen, die

²⁸⁾ Bei direkter Form ist der Arbeitgeber Versicherungsnehmer, der Arbeitnehmer dagegen der Versicherte und Begünstigte (bzw. dessen Hinterbliebenen)

²⁹⁾ Bei der indirekten Form ist der Arbeitgeber Versicherungsnehmer und Begünstigter, während der Arbeitnehmer nur der Versicherte ist.

eine Altersversorgung ihrer Mitarbeiter durch eine von ihnen bezahlte Lebens- oder Rentenversicherung geschaffen haben, befassen sich mit dem Problem, ihre Belegschaft am Reinertrag teilhaben zu lassen; andere Unternehmer, die eine bestimmte Form der Gewinnbeteiligung bereits eingeführt haben, studieren die Frage der Altersversorgung für die Arbeitnehmer.

b) Inhalt des Planes

Die Verbindung von Gewinnbeteiligung und Altersversorgung der Arbeitnehmer in einer Lebensversicherung erfordert eine besondere Form der Versicherung, da der Ertragsanteil und damit die Versicherungsprämie keine bestimmte, gleichbleibende Größe sein kann. In dem Plan sind nun beliebig hohe Zahlungen in den einzelnen Jahren vorgesehen. Trotz der unterschiedlichen Zahlungen ist es möglich, für den Fall des vorzeitigen Todes eine Versorgung der Familie in gleichbleibender Höhe zu erreichen, indem die Kapitalversicherung auf den Todes- und Erlebensfall mit einer Risikotodesfall-Versicherung verbunden wird. Die Höhe des auszuzahlenden Betrages richtet sich nach den Verhältnissen der einzelnen Betriebe und ist notfalls nach Tätigkeitsgruppen abgestuft. Zunächst ist in dem Plan eine Kapital- oder Rentenzahlung vorgesehen. Es besteht jedoch die Möglichkeit, diese vollständig in eine Rentenzahlung umzuwandeln. Die Entscheidung, ob Kapital- oder Rentenzahlung, kann bis zum Eintritt des Versorgungsfalles aufgeschoben werden. Ist der Ertrag eines Geschäftsjahres schlechter oder wurde überhaupt kein Ertrag erzielt, so kann der Todesfallschutz gegen einen geringen Risikobeitrag oder durch Rückgriff auf das Deckungskapital aufrechterhalten werden. Für den Fall, daß dies nicht gewünscht wird, kann eine Beitragszahlung ganz unterbleiben. Dann allerdings besteht entsprechend den bis dahin geleisteten Einzahlungen ein verminderter Todesfallschutz sowie eine verminderte Altersversorgung.

Eine Steigerung der Anwartschaft wird damit unterbrochen. In künftigen „guten Jahren“ wäre dann jedoch wieder ein Ausgleich anzustreben, wobei die hierzu erforderlichen Beträge sich auf den Rest der Versicherungsdauer verteilen oder durch außerordentliche Zahlungen erfolgen könnten. Außerdem besteht die Möglichkeit, Gewinnanteile aus dem Versicherungsvertrag zu verwenden.

2. Organisationsträger bei der Durchführung des Planes

Es erhebt sich die Frage, wer die Durchführung eines solchen Planes übernehmen kann. Soll eine staatliche Institution die Durchführung übernehmen oder sollen unternehmungseigene Institutionen diese Aufgabe selbst durchführen oder soll die private Versicherungswirtschaft damit betraut werden?

a) Staatliche Institutionen als Organisationsträger

Die staatliche Sozialversicherung hier einzuschalten, dürfte nicht angebracht sein, da diese Institution nicht geeignet erscheint, die gestellte Aufgabe zu bewältigen. Es handelt sich um ein Gebiet, auf dem noch keine Erfahrungen gesammelt werden konnten. Somit fehlen wesentliche Voraussetzungen zum Erlaß eines Rahmengesetzes, das außerdem der Förderung der Privatinitiative ent-

gegenstehen würde. Weiterhin würde eine staatliche Zentralstelle notwendigerweise die Art der Durchführung zu stark schematisieren, wodurch gerade die erforderliche Anpassung an die besonderen Verhältnisse einzelner Betriebe bzw. Produktionszweige unterbliebe. Es ist nicht zu verkennen, daß die Durchführung der Ertragsbeteiligung auf versicherungstechnischer Grundlage große Elastizität und Beweglichkeit erfordert. Eine bürokratisch und schematisch arbeitende staatliche Versicherung wäre dieser Aufgabe nicht gewachsen.

b) Einführung durch die einzelne Unternehmung

Neben dem Weg über die staatliche Sozialversicherung wird auch der über die betriebs- oder unternehmungseigene Institution als „ungeeignet“ abgelehnt. Die Studiengemeinschaft führt dazu aus:

„Der Hauptanreiz für die Bildung betriebseigener Versorgungseinrichtungen besteht in der Möglichkeit, das Kapital der Einrichtung im eigenen Betrieb weiterarbeiten zu lassen. In der heutigen kapitalarmen Zeit mag dies wohl noch näher liegen als früher. Man kann dafür sogar den durchaus sozial klingenden Grund angeben, daß dann der Betrieb seine Betriebsangehörigen in Arbeit und Brot halten könne, was um so mehr die spätere Erfüllung der in Aussicht gestellten Versorgung gewährleiste.

Die Bedeutung des Selbstvertrauens des Betriebsinhabers, das hierbei Voraussetzung ist, soll nicht verkleinert werden. Aber wer kann in diesen wechselvollen Zeiten eine absolute Gewähr für das Prosperieren seines Betriebes übernehmen? Wer kann das Auf und Ab der Konjunktur, die Entwicklung des Weltmarktes, die Einflüsse in- und ausländischer Konkurrenz auf lange Sicht abschätzen? Der Begriff des Unternehmerrisikos ist heute in vieler Mund. Es liegt nahe und um so näher, je enger die Betriebsverbundenheit der Belegschaft infolge der sozialen Einstellung des Betriebsinhabers ist, davon zu sprechen, daß auch der Arbeitnehmer auf Gedeih und Verderb mit dem Betrieb zusammenhänge, daß also auch er etwas riskieren müsse. Vom Unternehmer aus gedacht, mag das richtig sein. Aber der Arbeitnehmer sieht das anders. Er fühlt sich als der wirtschaftlich Schwache, der Besitzlose, der keinen Kapitalrückhalt hat, der nicht von der Substanz zehren kann, wenn er außer Verdienst gerät. Sein einziges Kapital ist seine Arbeitskraft. Von diesem Kapital kann er nicht zehren, wenn der Betrieb stillgelegt werden muß...“

c) Die private Versicherungswirtschaft als Träger der Gewinnbeteiligung

Entsprechend den Anforderungen, die der Plan stellt, dürfte man zu dem Schluß kommen, daß die private Versicherungswirtschaft diese Aufgabe günstig lösen kann. Sie hat auf dem Gebiet der Lebensversicherung die notwendigen Erfahrungen und den eingearbeiteten Apparat, der die neue Aufgabe zusätzlich mitübernehmen kann. Bei richtiger Einschätzung der Bedeutung der Lebensversicherungswirtschaft scheint ersichtlich, daß eine solche Aufgabe diesem dazu berufenen Wirtschaftszweig überlassen werden sollte. Daß er einer solchen Aufgabe gewachsen ist, dürfte deutlich werden, wenn man sich vor Augen hält, daß er bei Ausgang des Krieges einen Bestand von 45 Milliarden RM zu verwalten hatte.

3. Die praktische Durchführung des Planes

Der veröffentlichte Text des Planes sagt nichts über die Technik einer Ertragsbeteiligung und die Berechnungsmethoden der Gewinnanteilsquoten. Er gibt auch sonst keine Einzelheiten zur Durchführung. Bei dem bisher allgemein üblichen Lebensversicherungsvertrag steht bei Vertragsabschluß die Prämie für die Dauer der Versicherungslaufzeit fest. In unserem Fall sind es aber ganz andere Voraussetzungen, die zum Vertragsabschluß führen oder ihn ermöglichen. Der Gewinn und die Anzahl der Belegschaftsmitglieder sind Größen, die nicht konstant sind. Die Form der Lebensversicherung, die sich einem solchen Wechsel der Verhältnisse anzupassen hat, muß sich von dem traditionellen Muster unterscheiden. Nach dem vorliegenden Plan ist der Unternehmer verpflichtet, gleichmäßig laufende Prämienzahlungen zu leisten. Es wird das Einmalbeitragsverfahren vorgeschlagen, wodurch die jährlichen Versicherungsgebühren dem jeweiligen Geschäftsergebnis und dem Personalbestand angepaßt werden können. Der Betrag, der dem Versicherten im Versorgungsfalle zur Verfügung gestellt wird, kann von vornherein nicht festgelegt werden.¹ Trotzdem sollte eine ungefähre Summe genannt werden, etwa ein Garantiebetrug, durch den verhindert wird, daß das ganze Verfahren auf Grund enttäuschter Hoffnungen seitens der Arbeitnehmer diskreditiert wird.

Die juristischen Probleme der Gewinnbeteiligung

Die Gewinnbeteiligung von Arbeitnehmern hat neben der betriebs- und volkswirtschaftlichen Seite auch einen wichtigen juristischen Aspekt. Eine Lösung muß nach geltenden Rechtsgrundsätzen erfolgen, so daß zwischen der wirtschaftlichen Praxis einerseits und den Rechtsformen andererseits kein Widerspruch entsteht. Die aufgestellten Normen müssen der Ratio der bestehenden Gesetze in allem entsprechen.

A. Definition und Abgrenzung

1. Definition des Gewinnbeteiligungsbegriffes

Unter Gewinnbeteiligung ist ein Rechtsverhältnis zu verstehen, das dem Arbeitnehmer ausschließlich und unmittelbar auf Grund seines Dienstverhältnisses einen rechtlichen Anspruch auf Beteiligung am Reingewinn des Unternehmens gibt.

2. Abgrenzung zur kapitalmäßigen Beteiligung

Die ältere Theorie – in der Hauptsache durch Lotmar³⁰⁾ und Crome³¹⁾ vertreten – bestand auf einer reinlichen Unterscheidung. Das Kriterium des Gesellschaftsvertrages ist in der Vermögensgemeinschaft zu sehen, während bei dem Arbeitsvertrag mit Gewinnbeteiligung ein partiarisches Rechtsgeschäft vorliegt³²⁾. In diesem Sinne ist auch die vorstehende Definition zu verstehen. Sie bezieht sich darauf, daß dem Arbeitnehmer auf Grund seines Dienstverhältnisses ein Anteil am Reingewinn zugestanden wird, ohne daß er am Kapital der Unternehmung beteiligt wird. Sobald eine kapitalmäßige Beteiligung vorliegt, ergibt sich der Anspruch auf einen Gewinnanteil nicht mehr ausschließlich und unmittelbar aus dem Dienstverhältnis, sondern aus dem Gesellschaftsverhältnis. Das gilt auch dann, wenn die Kapitalbeteiligung auf Grund des Dienstverhältnisses erfolgt ist.

3. Abgrenzung zu den sonstigen aus dem Gewinn erbrachten Leistungen

Nicht unter den oben dargestellten Gewinnbeteiligungsbegriff fallen auch die sonstigen freiwilligen Leistungen eines Betriebes, die aus dem Gewinn erbracht werden, vor allem die Tantieme, deren Höhe sich nach dem erzielten Jahresgewinn richtet und leitenden Angestellten gewährt wird, die Einfluß auf das Betriebsergebnis nehmen können. Hier liegt der Fall eines zusätzlichen Entgeltes vor, das als eine Prämie im weiteren Sinne bezeichnet werden kann. Das trifft auch für die Gratifikationen zu, auf die infolge der betrieblichen Gewohnheit ein Anspruch entstehen kann. Die betriebliche Übung hat einen star-

³⁰⁾ Lotmar: Der Arbeitsvertrag, Berlin 1900

³¹⁾ Crome, Karl: Das partiarische Rechtsgeschäft, Mannheim 1878.

³²⁾ Greiner, Max: Die Aktiengesellschaft mit Beteiligung der Arbeitnehmer, Berlin-Leipzig 1929, S. 31.

ken Einschlag zum Gewohnheitsrecht. Ebenso können die Leistungen, die für die Unterstützungs- und Pensionsfonds erbracht werden, nicht mehr unter diesen Gewinnbeteiligungsbegriff eingereiht werden. Für sie besteht zwar eine gewisse Abhängigkeit vom Gewinn, jedoch nicht so unmittelbar, wie dies bei der Gewinnbeteiligung der Fall ist.

B. Der Gewinnbeteiligungsvertrag

1. Individueller oder kollektiver Vertrag

Besondere Formvorschriften bestehen für den Gewinnbeteiligungsvertrag nicht. Es gilt der im BGB verankerte Grundsatz der Formfreiheit. Der Vertrag kann individuell oder kollektiv abgeschlossen werden. Der individuelle Vertrag bedeutet, daß der Arbeitgeber ihn mit jedem Arbeitnehmer abschließt. Auch für den Fall, daß die Zusage auf Grund einer Betriebsvereinbarung gegeben wird, liegt doch ein individueller Abschluß vor. Die Betriebsvereinbarung stellt lediglich einen Rahmenvertrag dar, der die Einzelverträge koordiniert. Das gleiche gilt für die Kollektivvereinbarung, wo Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände als Vertragspartner auftreten und auf Grund des Art. 9. Abs. 3 Grundgesetz eine Gesamtvereinbarung treffen, die ebenfalls einen Rahmenvertrag für die Individualverträge darstellt. Die Kollektivvereinbarung ist für die Praxis relativ ungeeignet. Ein Abschluß für einen ganzen Wirtschaftszweig könnte für kleinere Unternehmungen in mancher Hinsicht unbillige Härten mit sich bringen. Als die beste Lösung für die Praxis erscheint der Weg über die Betriebsvereinbarung.

2. Untersuchung des durch den Vertrag entstandenen möglichen Rechtsverhältnisses

a) Schenkung

Die Gewinnbeteiligung muß gegenüber ähnlichen Rechtsgeschäften abgegrenzt werden. Es ist zu prüfen, ob es sich bei der Gewinnbeteiligung um eine Schenkung im Sinne des § 516 Abs. I BGB handelt, bei der jemand einen anderen aus seinem Vermögen bereichert und beide Teile darüber einig sind, daß die Zuwendung unentgeltlich erfolgt. Der Gewinn stellt im allgemeinen Sinne einen Vermögenszuwachs dar. Erhält ein Arbeitnehmer einen Gewinnanteil, so bedeutet es zwar, daß er aus dem Vermögen eines anderen bereichert wird. Wesentlich für die Schenkung ist jedoch, daß eine unentgeltliche Zuwendung vorliegt. Der Anspruch auf Beteiligung am Reingewinn entsteht aber ausschließlich und unmittelbar auf Grund eines Dienstverhältnisses. Die Unentgeltlichkeit bedeutet, daß hinsichtlich des Vermögenszuwachses keine besonderen Bedingungen gestellt werden. Da dies aber hier nicht der Fall ist, fehlt ein wesentliches Merkmal, um die Voraussetzungen des § 516 BGB zu erfüllen. Es liegt somit keine Schenkung vor.

b) BGB-Gesellschaft

Aus der Entstehung der Betriebsgemeinschaft könnte gefolgert werden, daß durch die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer die Voraussetzungen für eine Gesellschaft des bürgerlichen Rechts erfüllt sind (§ 705 BGB).

Das Wesen einer BGB-Gesellschaft besteht darin, daß sich mehrere Personen vertraglich zusammenschließen, um einen gemeinsamen Zweck zu erreichen. Dabei darf die von den Gesellschaftern zu erbringende Leistung nicht ihrem Vermögen als Einzelperson zufließen, sondern muß dem gemeinsamen Zweck der Gesellschaft dienen³³⁾. Der Bundesgerichtshof führte in seinem Urteil³⁴⁾ aus, daß – obwohl der wirtschaftliche Erfolg eines Unternehmens vom Zusammenwirken von Kapital und Arbeit abhängt – dieser Erfolg nicht der eigentliche und gemeinsame Zweck des Arbeitsvertrages sei, denn letztlich verfolgten die Vertragspartner eines Arbeitsverhältnisses stets ihre eigenen, teilweise voneinander abweichenden Interessen. Die Dienste des Arbeitnehmers würden nicht in ein gemeinsames Gesellschaftsvermögen geleistet und der Gewinnanteil werde nicht aus einem solchen Vermögen heraus gewährt, sondern die beiderseitigen Ansprüche richteten sich jeweils unmittelbar gegen den anderen Vertragsteil. Es fehle daher bei dem reinen Gewinnbeteiligungsverhältnis zwischen den Vertragspartnern in der Regel eine gesellschaftsmäßige Organisation, die den Gesellschaftswillen verkörpere und jedem Kontrahenten bestimmte Einwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten gebe.

Wesentlich für den Gesellschaftsvertrag ist, daß der erkennbare Zweck des Vertrages ein „gemeinschaftlicher“ ist. Das aber ist beim partiarischen Rechtsverhältnis nicht der Fall³⁵⁾. Hierzu äußerte das Reichsgericht in einer Entscheidung³⁶⁾ die Ansicht, daß im Falle eines partiarischen Rechtsverhältnisses der Vertrag auf beiderseitigen Austausch von Leistungen in folgender Art ausgerichtet sei: Das von dem einen Vertragsteil zu entrichtende Entgelt bestehe ganz oder aber teilweise in einem gewissen Anteil am Gewinn des anderen; der erstere (Arbeitnehmer) habe dann zwar auch ein Eigeninteresse am Gewinn des anderen (Arbeitgeber), jedoch sei die Erzielung dieses Gewinnes eben nicht der gemeinschaftliche Zweck des Vertrages³⁷⁾. Es steht somit außer Frage, daß das auf Grund einer Gewinnbeteiligung errichtete Rechtsverhältnis keinen gesellschaftlichen Charakter im Sinne des bürgerlichen Rechts trägt³⁸⁾.

c) Stille Gesellschaft

Ebenso kann die Meinung, es handle sich bei der Gewinnbeteiligung evtl. um eine „stille Gesellschaft“ im Sinne des Handelsrechts³⁹⁾, nicht aufrecht erhalten werden. Denn eine Einlage, wie sie das Gesetz vorschreibt, muß stets ein in Geld schätzbarer Gegenstand sein. Das trifft für jene künftigen Dienstleistungen nicht zu, die vom gewinnbeteiligten Arbeitnehmer zu entrichten sind. Ferner lassen auch weitere Kriterien – wie etwa das grundsätzliche Weisungsrecht des Arbeitgebers usw. – erkennen, daß durch die Gewinnbeteiligung keine stille Gesellschaft zustande kommen kann.

33) Palandt, Otto: Kommentar zum BGB, 9. Aufl., München-Berlin 1951

34) Bundesgerichtshof-Urteil vom 29. 1. 1951, Neue Juristische Wochenschrift 51/308

35) Vgl. Crome, Karl, a. a. O.

36) RGZ 168/286

37) Ähnlich auch RGZ 149/89

38) Im Sinne der §§ 705 ff. BGB

39) Vgl. §§ 335 ff. Handelsgesetzbuch.

d) Zusammenfassung

Dieselben Gedanken gelten auch für die anderen Gesellschaftsformen des Handelsrechts. Für alle Typen von Gesellschaftsverträgen treffen die Überlegungen zur BGB-Gesellschaft analog zu. Außerdem bedürfen manche Gesellschaftsformen zu ihrer Wirksamkeit auch einer ausdrücklichen, im Gesetz bestimmten Form der Errichtung, so daß sie niemals stillschweigend angenommen werden kann; z. B. werden einige Typen von Gesellschaftsverträgen erst mit einer konstitutiven Eintragung in das Handelsregister existent.

Es ist also nicht möglich, das Rechtsinstitut der Gewinnbeteiligung unter eines der durch geltendes Recht bestehenden Rechtsverhältnisse zu subsumieren. Demnach kann der Anspruch des Arbeitnehmers auf einen Ertragsanteil allenfalls als eine Nebenabrede zum jeweiligen Dienstvertrag angesehen werden; hierbei unterliegt die Vergütung den maßgebenden Vorschriften des Arbeits- oder des bürgerlichen Rechts. In jedem Falle, in dem ein Anspruch auf Gewinnbeteiligung festgelegt wird, äußert er sich als ein Gläubigeranspruch, der auf die Zahlung eines bestimmten Teiles der Arbeitsvergütung in bedingter und zeitlich festgelegter Weise gerichtet ist. Da ein solcher Anspruch stets von einem Reinertrag der Unternehmer abhängig ist, wäre in diesem Zusammenhang u. U. daran zu denken, dem Arbeitnehmer – etwa ähnlich einem Aktionär oder Gesellschafter – gewisse Rechte zuzubilligen, die ihm durch einen Anspruch auf Rechnungslegung, auf Einsichtnahme in die Geschäftspapiere usw. eine Kontrolle ermöglichen.

C. Die gesetzliche Einführung der Gewinnbeteiligung in der Bundesrepublik

Wenn eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland allgemein für obligatorisch erklärt werden sollte, so müssen eine Reihe von Nebenfragen bezüglich der geltenden gesetzlichen Bestimmungen geprüft werden.

Da die Gewinnbeteiligung die Vermögenslage des Unternehmens berührt⁴⁰⁾, fragt es sich, ob sie vielleicht den Bestimmungen zum Schutze des Eigentums entgegensteht. Artikel 14 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland⁴¹⁾ gibt im Rahmen der Grundrechte jedem Staatsbürger die Garantie seines Eigentums.

Die neuere Rechtsentwicklung geht nun dahin, die Schranken des Privateigentums im Begriff des Eigentums eingeschlossen zu sehen, d. h. daß die Beschränkungen und Verpflichtungen, die das Eigentum als solches mit sich bringt, im Eigentumsbegriff mit enthalten sind⁴²⁾. Die moderne Lehre sieht im Eigentum nicht mehr bloß die totale Sachherrschaft, sondern auch eine „Zuweisung zu eigenverantwortlichem und sachgerechtem Verfahren mit Gegenständen“⁴³⁾.

40) Hierüber folgen im III. und IV. Kapitel dieser Arbeit weitere Ausführungen.

41) Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. 5. 1949 im folgenden stets mit GG abgekürzt.

42) Vgl. von Zwiedineck-Südenhorst, Otto: Das Eigentum, Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Band 148, Jena 1938, S. 663.

43) Vgl. Wieacker, Franz: Wandlungen der Eigentumsverfassung, Hamburg 1935.

Die Erscheinungsform des Eigentums ist von den Zeitverhältnissen abhängig⁴⁴⁾. So bleibt im Bonner Grundgesetz die Eigentumsgarantie nicht an starre Grenzen gebunden. Auch dem Allgemeinwohle zu dienen, wird als Aufgabe des Eigentums bezeichnet⁴⁵⁾. Dies erfolgt nicht zuletzt aus dem Artikel 20 des Grundgesetzes, der eine Anerkennung des „sozialen Rechtsstaates“ beinhaltet⁴⁶⁾. Der Eigentümer als Inhaber eines verfassungsmäßig garantierten subjektiven Rechts ist demnach Bindungen unterworfen, und zwar wird er verpflichtet, auf die Belange der Allgemeinheit Rücksicht zu nehmen⁴⁷⁾. Diese Allgemeinheit kann durchaus vom einzelnen die Beschränkung seiner Eigentumsrechte im Rahmen der geltenden Gesetze verlangen. Artikel 14, Absatz 1, Satz 2, GG gibt ausdrücklich einen Gesetzesvorbehalt; es heißt dort über das Eigentum: „Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt“. Somit kann die Legislative das Eigentum in bestimmter Weise einschränken.

Wenn die allgemeine Gewinnbeteiligung gesetzlich vorgeschrieben wird, so bleibt die Berührung der Eigentumssphäre des einzelnen durchaus im Rahmen der gültigen Rechtsordnung und der Schutz des Eigentums nach Artikel 14 GG gewährleistet.

Auch kann in diesem Zusammenhang nicht von einer Enteignung im Sinne des Artikels 14, Absatz III, GG gesprochen werden, da sich die Gewinnbeteiligung für das Unternehmen lediglich als eine inhaltsbestimmende Eigentumsbeschränkung darstellt und nicht als staatlicher Eingriff mit Enteignungscharakter⁴⁸⁾.

Es erscheint demnach möglich, unter Berücksichtigung des geltenden Rechts ohne Verfassungsänderung eine Gewinnbeteiligung des Arbeitnehmers gesetzlich allgemein in der Bundesrepublik einzuführen.

44) Vgl. auch Oberverwaltungsgericht Hamburg, Urteil vom 14. 10. 1950. In: MDR 1950, S. 758 ff.

45) Art. 14, Abs. II, Satz 2 GG sagt über das Eigentum: „Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“.

46) Art. 20, Abs. I GG lautet: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer sozialer Bundesstaat“.

47) So Reinhardt, Rudolf: Verfassungsschutz des Eigentums, Tübingen 1954, S. 1 ff.
Siehe auch: Saumweber, Helmut: Art. 14, Bonner Grundgesetz im Lichte der Höchstgerichtlichen Entscheidungen, Diss. Mainz 1953, S. 30 f.

48) Vgl. hierzu auch Saumweber, Helmut: a. a. O., S. 52 f.

Die betriebswirtschaftlichen Probleme der Gewinnbeteiligung unter besonderer Berücksichtigung des Planes Berkenkopf-Fels

A. Der zu Grunde gelegte Gewinnbegriff

Die betriebswirtschaftliche Untersuchung der Gewinnbeteiligung beginnt mit dem Problem der Ermittlung des zu verteilenden Gewinnes. Seine Begriffsbestimmung kann unter verschiedenen Gesichtspunkten erfolgen, die zu einer jeweils anderen Gewinngröße führen. Denn die Höhe des Unternehmungsgewinnes ändert sich nach Bilanzart und Bilanzzweck und nach den verschiedenen Bilanz- und Bewertungstheorien⁴⁹⁾. Welcher Gewinn der Verteilung zu Grunde gelegt werden soll, ist im einzelnen recht umstritten. Die Lösung dieser Frage ist jedoch von entscheidender Bedeutung für eine erfolgreiche Durchführung einer Gewinnbeteiligung. Eine wesentliche Voraussetzung des Gelingens ist dabei das Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Der Arbeitnehmer muß davon überzeugt sein, daß der zur Verteilung gelangende Gewinn eine unbestreitbare Größe ist. Die Berechnung der Gewinnanteile sollte deshalb von einer beiderseits nachprüfbaren Gewinnhöhe ausgehen⁵⁰⁾.

1. Betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte

Allgemein gesehen ist der Gewinn die Differenz zwischen Aufwand und Erlös, unter Berücksichtigung der Bestandsmehrung bzw. Bestandsminderung. Nach le Coutre hat er neben der Einkommensfunktion für den Arbeitgeber auch die Funktion der Erhaltung, Sicherung und Erweiterung des Betriebes zu erfüllen. Der Gewinn ist Bestandteil des Erlöses.

Aus dem Erlös werden folgende Aufwandskomponente entgolten⁵¹⁾:

- a) der personelle Aufwand für Löhne, Gehälter, Sozialleistungen;
- b) der sachliche Aufwand für Material, Fremdzinsen, Vertriebskosten, Abschreibung usw.
- c) gewisse Steuern;
- d) der Gewinn, der sich zusammensetzt aus:
 - aa) der handelsüblichen Verzinsung des Eigenkapitals (Kapitalzinsen)
 - bb) dem Entgelt des allgemeinen Unternehmungswagnisses
 - cc) dem Gewinnrest (echter Gewinn).

⁴⁹⁾ Spiegelhalter, Franz: Die Formen der Gewinnbeteiligung, Darmstadt 1953, Seite 16.

⁵⁰⁾ Debatin, Otto: Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer? Schriftreihe des Presseausschusses Kammer/Verbände von Baden-Württemberg, Heft 4, Stuttgart 1951, S. 58.

⁵¹⁾ Bußmann, Karl: Zur Frage der Gewinnbeteiligung – Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis 1950, S. 418

2. Steuerliche Gesichtspunkte

Die Gewinnermittlung nach steuerlichen Gesichtspunkten führt zu anderen Ergebnissen als die Gewinnaufweisung auf Grund der Handelsbilanz. Der Grund zur Aufstellung einer Steuerbilanz liegt vor allem darin, daß sie unter anderen Bewertungsvorschriften als die Handelsbilanz erstellt wird. Die handelsrechtlichen Bilanzvorschriften stehen mit den oberen Bewertungsgrenzen im Interesse des Gläubigerschutzes. Die Steuerbilanz dagegen strebt grundsätzlich die Erfassung des vollen Gewinnes an und versucht die Bildung von Reserven und eine Gewinnverschiebung auf spätere Jahre zu unterbinden. Insbesondere werden Unterbewertungen von Aktivposten zur Schaffung stiller Reserven, die vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus Gründen kaufmännischer Vorsicht durchaus zu Recht erfolgen, aus steuerlichen Gründen für unzulässig erklärt. Der steuerliche Reingewinn stellt sich demnach dar als: „Der Unterschied zwischen dem Betriebsvermögen am Schluß des Wirtschaftsjahres und dem Betriebsvermögen am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahres, vermehrt um den Wert der Entnahmen und vermindert um den Wert der Einlagen⁵²⁾. Nun sind insbesondere infolge der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten nach dem Kriege gemäß § 7 EStG wirtschaftspolitische Überlegungen hinzugekommen, die nicht eine kostenrechnerisch exakte Gewinnermittlung anstreben, sondern die Gewinnberechnung von der konjunkturellen Situation abhängen lassen. Aus diesem Grunde ist der steuerliche Gewinn selbst für eine Ertragsverteilung verfälscht. Hingegen können eine Reihe steuerlicher Bewertungsvorschriften für die Ermittlung des zu verteilenden Gewinnes durchaus Anwendung finden.

B. Probleme der Ermittlung und Aufteilung des Gewinnes

1. Die Ermittlung des aufteilbaren Gesamtgewinnes

Nachdem der nach betriebswirtschaftlichen und steuerlichen Gesichtspunkten definierte Gewinnbegriff sich für die Gewinnverteilung als ungeeignet erwiesen hat, muß vor der Untersuchung einer gerechten Verteilung des Gewinnes eine grundsätzliche Betrachtung über die Ermittlung der Gewinnhöhe vorangestellt werden. So eindeutig die formelle Forderung ist, so schwierig ist die für eine materielle Definition wichtige Abgrenzung des Kostenbegriffes, um allen Erfordernissen der Praxis gerecht zu werden. Diese Abgrenzung ist aber wichtig sowohl für den Gesetzgeber, sofern die Einführung der Gewinnbeteiligung gesetzlich geregelt wird, als auch für die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, falls die Einführung auf vertraglicher Grundlage erfolgt. Jeder einzelne Faktor dieses Problemkreises, wie generelle Regelung von Rückstellungen und Rücklagen, Abfindungen des Unternehmers, Beschaffenheit der Risikoprämie usw. deutet auf die Schwierigkeit einer allgemeinen Einführung der Gewinnbeteiligung hin.

a) Der betriebswirtschaftliche Gewinnbegriff

Bei Verwendung des betriebswirtschaftlichen Gewinnbegriffes als rechnerischer Grundlage wird der ausschüttbare Gewinn durch eine Reihe betrieb-

⁵²⁾ Vgl. § 4, Einkommensteuergesetz

licher Erfordernisse beschnitten werden, über deren Bedeutung und Höhe zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer zunächst eine Einigung erzielt werden muß. Eine erfolgreiche Einführung der Gewinnbeteiligung setzt voraus, daß alle in diesem Zusammenhang entstehenden Fragen vertraglich geregelt sind. Sie dürfen nicht in das Ermessen des Unternehmers gestellt werden. Hierbei müssen insbesondere eine Reihe grundsätzlicher Forderungen erfüllt sein⁵³⁾. Die Ansprüche des Eigenkapitals auf angemessene Verzinsung und des Unternehmers auf eine seiner unternehmerischen Tätigkeit entsprechenden Entlohnung sind abzugelten. Es sollte zudem eine Rückstellung vom Gewinn in Höhe einer branchenüblichen Risikoquote sowie der Abzug einer der Gefahr des Kapitaleinsatzes entsprechenden Risikoprämie des betriebsnotwendigen Kapitals erfolgen. Ebenso ist eine Abgrenzung der betriebsfremden und außerordentlichen Aufwendungen und Erträge auf Grund exakter Kostenrechnung vorzunehmen. Schließlich darf es auch nicht zum Ausweis und zur Verteilung von Scheingewinnen kommen, die infolge steuerlicher Bewertungsvorschriften, im Widerspruch zu den betriebswirtschaftlichen Grundsätzen entstehen, weil sie zur Schwächung der Leistungskräfte des Betriebes durch Substanzverzehr führen.

Es stellt sich nun die Frage, in welcher Höhe die Entlohnung der verschiedenen Produktionsfaktoren erfolgen soll.

Bei der Festlegung des Unternehmerlohnes können andere Firmen gleicher Art und mit ähnlichem Geschäftsergebnis herangezogen werden, bei denen die Unternehmungsleitung in den Händen von Angestellten liegt, wie bei Aktiengesellschaften. Bei einer generellen Regelung ist somit der Unternehmerlohn eine angemessene Entschädigung, die nicht höher sein darf als die eines Unternehmungsleiters im Angestelltenverhältnis. Erfahrungen hierzu liegen aus den Kriegszeiten vor, in denen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in bestimmtem Umfang ein Unternehmergehalt einkalkuliert werden konnte.

Es ist dagegen komplizierter, eine gerechte Entlohnung des Kapitals durchzuführen. Will man zu einer der Leistung des Kapitals angemessenen Abfindung gelangen, dann muß diese Leistung eindeutig bestimmt und gemessen werden. Schmalenbach⁵⁴⁾ zitiert in ähnlichem Zusammenhang die Worte Galilei, daß man das, was man nicht messen könne, meßbar machen solle. Die Leistung des Kapitals ist sehr schwer abschätzbar, und die Kapitalentlohnung selbst ist eine variable Größe, da beide, die Kapitalentlohnung und die Arbeitsentlohnung, am Erfolg des Unternehmens, dem Gewinn, der jeweils verschieden hoch sein kann, partizipieren. Bei der Bestimmung der Höhe einer Risikoprämie⁵⁵⁾ ist die Gefahr des Verlustes des Kapitaleinsatzes zu messen. Wohl können die Werte, die man bei der Bemessung erhält, im Einzelfalle der Wirklichkeit relativ nahekommen, doch werden bei einer generellen, allgemeinbetrieblichen Regelung die gemessenen Werte und die wirklichen Werte mehr oder weniger differieren. Man könnte über diese Differenz hin-

53) Kalveram, W.: Einige grundsätzliche Fragen zur Gewinnbeteiligung – Zeitschrift für Betriebswirtschaft 1951, S. 317.

54) Schmalenbach, E.: Pretiale Wirtschaftslenkung Bremen 1948, B. I.

55) Die Risikoprämie wurde bewußt nicht als Teil der Kapitalentlohnung betrachtet, da es die Untersuchung erleichtert, wenn sie aus dem Kapitalentlohnungsbegriff herausgenommen wird.

wegsehen und sich mit einer groben Annäherung zufriedengeben. Es bietet sich jedoch die Möglichkeit, bei der Einführung der Gewinnbeteiligung zwar allgemeine Grundlinien des Gewinnbegriffs aufzustellen aber die Festlegung im einzelnen einer betriebsindividuellen Regelung zu überlassen, die dann eine allgemeinere Berechnung vorzunehmen in der Lage ist. An Beispielen dazu fehlt es in der Praxis nicht⁵⁶⁾.

b) Der steuerliche Gewinnbegriff

Die Steuergesetzgebung besitzt einen Aufbau, der – sich vielen kasuistischen Einzelfällen der Praxis anpassend – jedes Unternehmen zwingt, seinen tatsächlichen Gewinn aufzuweisen, und zwar unter Berücksichtigung des vom Gesetzgeber definierten Kostenbegriffes. Das Problem des materiellen Gewinnbegriffes ist also vom Staat bereits in praxi gelöst worden. Somit könnte dieser Begriff theoretisch auch für denjenigen Gewinn gebraucht werden, an dem der Arbeitnehmer beteiligt werden soll. Doch einer solchen Verwirklichung stellt sich der tatsächliche Unterschied entgegen, der zwischen den Begriffen der Steuer und der Gewinnbeteiligung existiert. Die Steuer erscheint als eine Abgabe, durch die der Staat oftmals bis zu fünfzig Prozent am Gewinn des Unternehmens partizipiert. Außerdem besteht, wie schon erwähnt, die Tendenz, die Steuergesetze zu einer wirtschaftsstrategischen Größe zu machen, sie den konjunkturellen Situationen anzupassen, wobei etwa, wie in den ersten Jahren nach der Währungsreform, den Unternehmen steuerlich die Möglichkeit gegeben wurde, für Neuinvestitionen hohe Beträge abzuschreiben, so daß infolgedessen der ausgewiesene Gewinn wesentlich kleiner war als der bei exakter Kostenrechnung ermittelte. Außerdem ergibt sich als Folge hoher Steuersätze eine abgleitende Steuermoral. Oft wird der Unternehmer seinen Gewinn verschleiern, er wird danach trachten, ihn nach außen hin zu verkleinern und ihn auf jede mögliche Weise niedrig zu halten, um eine möglichst geringe Steuer entrichten zu müssen. Der Unternehmer denkt in diesem Rahmen nur sekundär betriebswirtschaftlich. In erster Linie richtet sich sein Denken nach steuerlichen Motiven, was letztlich dazu führt, daß die Steuern für das gesamte Finanzgebaren der Firma maßgeblich werden. Hier erscheint der grundlegende Unterschied zwischen der Besteuerung und der Gewinnbeteiligung. Infolgedessen kann der steuerliche Gewinnbegriff nicht für eine generelle Regelung der Gewinnbeteiligung verwendet werden. Auch rein praktische Erwägungen stehen dagegen. In den Kosten der nach steuergesetzlichen Bestimmungen aufgestellten Erfolgsrechnung sind die Unternehmerein kommen, die Kapitalentlohnung und die Risikoprämie teilweise nicht enthalten, Faktoren also, die Kosten im betriebswirtschaftlichen Sinne darstellen. Man muß diese Größen beim steuerlichen Kostenbegriff zum Zwecke der Gewinnbeteiligung mit berücksichtigen, daneben aber andere Kosten, die teilweise steuerlich anerkannt sind, aus der Kostensumme ausklammern.

c) Zusammenfassung

Eine zufriedenstellende allgemeine Definition des Gewinnbegriffes ist schwer erreichbar. Es bleibt allenfalls der Weg offen, den einzelnen Wirtschaftsgrup-

⁵⁶⁾ Vgl. dazu den Abschnitt C 3.

pen und -zweigen jeweils individuell normierte Bestimmungen zu geben, die den Schwierigkeiten und Gefahren einer Einführung der Gewinnbeteiligung mit einem unzureichenden Gewinnbegriff die größten, schädigenden Folgen nehmen würden. Ermittlungen des Gewinnes abzüglich einer Entlohnung des Kapitals, dessen Zinsfuß sich an das allgemeine Zinsniveau oder das des Obligationsmarktes anlehnt, erscheinen unzureichend. Ebenso ist der Gewinnbegriff der Handelsbilanz nicht geeignet, da er nicht die oben aufgezeigten Voraussetzungen erfüllt.

Für die Berechnung des Gewinnes können zwar einzelne steuerliche Bewertungsvorschriften benutzt werden; im übrigen ist es zweckmäßig, den einzelnen Wirtschaftsbranchen die Festlegung der Vorschriften zur Aufstellung der Bilanz zu überlassen, um damit den betriebsindividuellen Unterschieden Rechnung zu tragen. Ebenso führt der generelle Versuch einer Festlegung des Leistungsanteils der einzelnen Produktionsfaktoren nicht zum Ziele. Im einzelnen Betrieb kann die Wichtigkeit der Produktionsfaktoren am Produktionsergebnis besser bewertet werden, und zwar sowohl bezüglich der betrieblichen als auch der sozialen Seite. Infolge der vielen praktischen Hemmnisse, die einer gerechten Entlohnung und Verteilung entgegenstehen, kann für die Allgemeinheit der Betriebe eine erfolgreiche generelle Durchführung der Gewinnbeteiligung auf Grund allgemeiner gesetzlicher Vorschriften nicht als zweckmäßig angesehen werden.

2. Die Aufteilung des Gewinnes auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital

Die gerechte Verteilung des Gewinnes auf die einzelnen Produktionsfaktoren setzt auch bei individueller Einführung die Überwindung einer Reihe von Schwierigkeiten voraus. Soll die Verteilung leistungsgerecht sein, so muß ihr eine Untersuchung vorausgehen, in der der produktive Beitrag der einzelnen Produktionsfaktoren am Zustandekommen des Betriebsertrages festgestellt wird. Da sowohl der Kapitaleinsatz als auch der Arbeitseinsatz als Produktionsfaktoren an der Gewinnbeteiligung mitwirken, sind beide Faktoren an der Aufteilung des Gewinnes zu beteiligen. Oft findet man als Einwand gegen die Gewinnbeteiligung, daß die Verteilung eines Unternehmungsgewinnes hinsichtlich der verschiedenen Ursachen, aus denen er entspringen kann, recht problematisch sei. Häufig entstehe der Gewinn aus einer echten Unternehmerleistung (Rationalisierung des Betriebes, Entwicklung neuer Patente, Erschließung neuer Märkte); dann sei er in diesem Falle lediglich Prämie für besondere Leistungen des Managements, er würde also nicht unter den auf Arbeit und Kapitaleinsatz zu verteilenden Gewinn zu rechnen sein⁵⁷⁾. Ohne Zweifel ist das Zurechnungsproblem sehr schwierig zu lösen. Die Schwierigkeit kann jedoch nicht den Verzicht auf die Gewinnbeteiligung bedeuten, die ein Erfordernis der sozialen Gerechtigkeit ist.

Die Zurechnung des ausschüttbaren Gewinnes auf die einzelnen Produktionsfaktoren ist, ebenso wie die richtige Gewinnermittlung, eine Quelle für Mißtrauen und Unzufriedenheit innerhalb der Betriebsgemeinschaft. Das Gelingen

⁵⁷⁾ Debatin, Otto, a. a. O. S. 34.

einer Gewinnbeteiligung hängt entscheidend davon ab, inwieweit bezüglich des Verteilungsschlüssels Einigung zwischen Unternehmensleitung und Belegschaft erzielt werden kann. Deshalb ist die Annahme irrig, mit der bloßen Einführung einer Gewinnbeteiligung sei die Harmonie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geschaffen, die einen dauernden Betriebsfrieden garantiert. Im Gegenteil, Gewinnbeteiligung setzt ein Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ein gesundes Betriebsklima und sozialen Frieden voraus.

3. Die Berechnung der Einzelquoten

Der auf den Produktionsfaktor Arbeit entfallende Gewinnanteil muß schließlich in seinem letzten Verteilungsschnitt möglichst gerecht auf die einzelnen Belegschaftsmitglieder aufgeteilt werden. Auch hierfür gibt es wiederum keinen generellen, allgemein als gerecht anerkannten Verteilungsmaßstab. Die Möglichkeiten der Aufschlüsselung sind fast unbegrenzt und richten sich im Einzelfalle im wesentlichen nach den Beteiligungsvoraussetzungen, nach der Basis der Teilhabe und dem Ziel der Beteiligung. Bei der Wahl des Verteilungsschlüssels für die Einzelquoten sollte vor allem die Leistung des einzelnen Arbeitnehmers genügend berücksichtigt werden. Daneben dürfen soziale Gesichtspunkte, wie Dauer der Betriebszugehörigkeit, Familienstand, Alter usw. nicht außer Acht gelassen werden. In der Praxis erfolgt die Zurechnung meist nach einem Punktsystem, wobei der Monatsgrundlohn bzw. die Jahreslohnsomme die Basis bilden. Eine zusätzliche Punktzahl etwa auf Grund der Dauer der Betriebszugehörigkeit, der Dienstjahre, des Alters, des Familienstandes oder auf Grund betrieblicher Sonderleistungen (Verbesserungsvorschläge, Verhütung von Fehlarbeit, Überstunden, Pünktlichkeit usw.) wird dem einzelnen Arbeitnehmer darüber hinaus in Anrechnung gebracht. Wenn auch Primärprobleme der Gewinnbeteiligung, wie die Frage nach der Gewinnermittlung, die Zurechnung des Gesamtgewinnes auf die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Unternehmerleistung (Management) sowie die Frage der Verteilung des Gesamtgewinnanteils auf die einzelnen Arbeitnehmer nach einem möglichst gerechten Schlüssel nicht einfach zu lösen sind, so hat man doch versucht, durch praktische Entscheidungen diesem Problemkreis näher zu kommen. Ein allgemein anwendbarer Verteilungsschlüssel ist nicht gefunden worden, da die betriebsindividuellen Besonderheiten bei seiner Wahl gebührend berücksichtigt werden müssen. Einzig gangbarer Weg ist auch hier eine betriebsindividuelle Regelung, die den betrieblichen Erfordernissen und der Zielsetzung der Gewinnbeteiligung gerecht wird.

C. Die betriebswirtschaftlich günstige Anwendungsmöglichkeit der Gewinnbeteiligung

1. Die Bedeutung der Betriebsgröße

Die Wirkung einer Gewinnbeteiligung im Hinblick auf die betriebspolitischen Zielsetzungen ist bei unterschiedlicher Betriebsgröße auch ungleich stark. Der Kleinbetrieb gestattet dem Arbeitnehmer die beste Vergleichsmöglichkeit zwi-

schen seiner Arbeitsleistung und dem daraus resultierenden Gewinn. So wird auch die leistungssteigernde Fähigkeit der Gewinnbeteiligung im Kleinbetrieb am besten zu beobachten sein. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Kleinbetrieb vielfach ein Familienbetrieb ist, und der erzielte Gewinn oft kaum den Unternehmerlohn übersteigt.

Der Mittelbetrieb erscheint unter dem Blickpunkt der Betriebsgröße für die Gewinnbeteiligung am besten geeignet. Der einzelne Arbeitnehmer kann den Produktionsprozeß noch verfolgen und den Zusammenhang der Abhängigkeit des Gesamterfolges von seiner eigenen spezifischen Arbeitsleistung erkennen.

Die geringere Bedeutung der günstigen Auswirkungen der Gewinnbeteiligung im Großbetrieb ist dadurch gegeben, daß der Zusammenhang zwischen individueller Arbeitsleistung und Gewinnhöhe dem Arbeitnehmer nicht mehr offenkundig ist. Das Vertrauen des einzelnen Arbeitnehmers auf ein gleichgerichtetes Bemühen seiner Arbeitskollegen zu höherer Leistung ist daher von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung, besonders dann, wenn die Gewinnausschüttung zu gleichen Quoten an die Arbeitnehmer erfolgt. Im übrigen kann die Berücksichtigung der „Arbeitsmoral“ in der Höhe der Gewinnbeteiligung auch im Großbetrieb günstige betriebliche Auswirkungen zeigen.

2. Die Eignung der einzelnen Wirtschaftszweige

Die betriebswirtschaftlichen Wirkungen einer Gewinnbeteiligung werden in der Landwirtschaft, im Kleinhandel und Handwerk geringe Bedeutung erlangen. Es fehlt eine exakte Rechnungslegung zur Ermittlung des Betriebsgewinnes. Außerdem handelt es sich meist um Familienbetriebe mit geringem Gewinn, der das notwendige Einkommen des Betriebsleiters darstellt.

Beim Großhandel, bei den Banken und Versicherungsgesellschaften bestehen zwar für die Gewinnverteilung gute Voraussetzungen, jedoch ist nur eine geringe Auswirkung auf das gesamte Dienstleistungsergebnis des Unternehmens zu erwarten. Die Einflußnahme auf die Gewinnhöhe ist überwiegend auf die Tätigkeit der Geschäftsleitung begrenzt; bei den Verkehrsbetrieben ist es entsprechend, weil hier der persönlichen Mehrleistung Grenzen gezogen sind.

Die Auswirkungen der Gewinnverteilung im Sinne einer Leistungssteigerung liegen somit vor allem in der Industrie. Hier darf man annehmen, daß betriebswirtschaftlich gesehen die günstigsten Folgen in einem Betrieb mit überwiegend arbeitsintensiver Fertigung auftreten werden, weil hier das leistungssteigernde Moment der Gewinnbeteiligung am besten zur Geltung kommen kann.

3. Die Kapital- oder Arbeitsintensität der Unternehmung

Dagegen wird in kapitalintensiven Betrieben (z. B. Elektrizitätswerk) eine Einflußnahme in dieser Intensität nicht gegeben sein. Im Trend wachsender Kapitalintensität der Produktionsprozesse, wie er heute mit dem Beginn der Automatisierungsepoche deutlich erkennbar ist, wird ein leistungssteigernder Einfluß als Folge der Gewinnbeteiligung sich vermindern. Dieser Effekt stellt jedoch nur eine Nebenwirkung der Beteiligung des Faktors Arbeit am Gewinn dar und legitimiert sie nicht erst. Ihre Rechtfertigung findet die

Ertragsbeteiligung in der Forderung nach Aufteilung des Gewinnes auf alle Produktionsfaktoren, die das Produktionsergebnis und damit den Ertrag bewirkt haben. Sie soll eine geschichtliche Entwicklung korrigieren, in der auf Grund besonderer wirtschaftlicher Machtkonstellationen dem Kapitalgeber der Gewinn zufiel.

D. Untersuchung der verschiedenen Arbeitsmotive unter Berücksichtigung des Planes Berkenkopf-Fels

Der Verschiedenheit der Motive⁵⁸⁾, die den Menschen zur Arbeit veranlassen, entspricht eine Differenziertheit in den Auswirkungen, die die Einführung einer allgemeinen Gewinnbeteiligung und der Anlage ihrer Quoten in Lebensversicherungsprämien auf den Arbeitnehmer ausübt.

Sowohl bei der Aufzählung der Triebkräfte zur Arbeit als auch bei der Untersuchung der Auswirkungen bei Einführung der Gewinnbeteiligung auf die einzelnen Motive wird jeweils vom isoliert dargestellten Motiv ausgegangen. Dies ist notwendig, weil die einzelnen Triebkräfte und die verschiedenen aus ihnen resultierenden Auswirkungen nur am Einzelfall klar erkannt werden können. In Wirklichkeit ist jedoch ein isoliertes Vorhandensein des einen oder anderen Motives kaum zu finden. Bei jedem Menschen sind viele gefühls- und verstandesmäßige Faktoren vereint. Der Arbeitstrieb stellt sich als ein Zusammenwirken verschiedener Regungen und Motive dar.

1. Die egoistischen Motive

Bei der Betrachtung der Motive im wirtschaftlichen Handeln werden als egoistische Leitmotive von Adolph Wagner bezeichnet⁵⁹⁾:

1. Streben nach dem eigenen wirtschaftlichen Vorteil und Furcht vor eigener wirtschaftlicher Not.
2. Furcht vor Strafe und Hoffnung auf Anerkennung.
3. Ehrgefühl, Geltungsstreben und Furcht vor Schande und Mißachtung.
4. Drang zur Betätigung und Freude am Tätigsein;
Furcht vor den Folgen der Untätigkeit (Passivität).

2. Die unegoistischen Motive

Als unegoistisches Leitmotiv wird ferner genannt:

5. Trieb des inneren Gebots zum sittlichen Handeln, Drang des Pflichtgefühls und Furcht vor Gewissensbissen.

Zu 1:

Wird der Arbeitnehmer in seinem Handeln von dem erstgenannten Motiv geleitet, so wird ihn die Einführung der Gewinnbeteiligung – entsprechend

⁵⁸⁾ Die Darstellung der Arbeitsmotive folgt nach Wagner, Adolph, Grundlegung der politischen Ökonomie, Leipzig 1892, S. 87 ff. und Schumacher, Hermann, Die Wirtschaft in Leben und Lehre, Leipzig 1943, S. 36 ff.

⁵⁹⁾ Wagner, Adolph, a. a. O., S. 87

dem Plan Berkenkopf-Fels mit der Anlage der Quoten in Lebensversicherungsprämien – zu größerer Leistung anspornen. Das trifft auch für den Fall zu, daß diese Belohnung ihm nicht sofort zugute kommt, sondern erst nach Jahren oder Jahrzehnten. Denn sein Motiv ist nicht allein ein Streben nach wirtschaftlichem Vorteil, sondern auch Furcht vor eigener wirtschaftlicher Not. Er wird also ein Mehr an Arbeit aufwenden, um sich oder seine Familie eines Tages in den Genuß der Gewinnbeteiligung zu bringen und damit mittels der Lebensversicherung vor wirtschaftlicher Not zu sichern.

Zu 2:

Handelt der Mensch aus Zwangsmotiven (z. B. aus Furcht vor Strafe), so wird auch die Einführung der Gewinnbeteiligung keinen Einfluß auf ihn haben. Er wird genauso arbeiten wie vorher und aufhören, wenn er die Möglichkeit hat, dem Zwang zu entinnen.

Zu 3:

Hier ist eine ganze Gruppe von Motiven zusammengefaßt. Auch diese Motive können bei Einführung einer Gewinnbeteiligung eine Leistungssteigerung herbeiführen. Jedes einzelne Motiv der Gruppe kann dadurch angeregt werden. Die gleichen Gedanken und Vorstellungen, die zur Arbeit veranlassen, können bei der Einführung der Gewinnbeteiligung zur Mehrarbeit führen, aus dem Wunsch, sich und seine Familie besser gestellt zu wissen.

Zu 4:

Anders dagegen verhält es sich bei den Motiven Arbeitsfreude und Tätigkeitsdrang. Bei Arbeitnehmern, denen die Freude am Tätigsein selbst das Motiv zur Arbeit ist, wird eine Einführung der Gewinnbeteiligung möglicherweise in begrenztem Umfang eine Steigerung der Arbeitsleistung hervorrufen. Der Arbeitnehmer wird aber auch ohne sie zur optimalen Leistung streben. Infolge des Tätigkeitsdranges arbeitet der Mensch nicht um des Gewinnes, sondern um der Arbeit willen. Ein Beteiligung am Gewinn wird also zu keiner nennenswerten größeren Leistung führen.

Zu 5:

Auch hier kann die Gewinnbeteiligung kaum Einfluß ausüben. Mag nun das sittliche Gebot zur Arbeit religiös oder philosophisch begründet sein, der Handelnde wird in seinem Tun nicht zu beeinflussen sein. Er wird vielleicht aus ethischen Überlegungen heraus die Beteiligung am Gewinn fordern. Dies ergibt sich allenfalls aus seiner Überzeugung, daß das Kapital und die Arbeit als gleichberechtigte Faktoren zu betrachten sind. Der pflichtgemäßig Handelnde wird durch materielle Vorteile nicht zu einer Leistungssteigerung zu bewegen sein.

3. Zusammenfassende Betrachtung

Zusammenfassend können wir für diesen Abschnitt feststellen, daß eine Mehrarbeit der Arbeitnehmer in der Hauptsache durch das Erwerbsstreben begründet ist. Arbeitnehmer, die diesem Erwerbsstreben unterliegen, werden bei Einführung einer Gewinnbeteiligung zu einer höheren Leistung angespornt werden, selbst wenn die Quoten erst nach Jahren zur Auszahlung gelangen.

E. Die betriebspolitischen Zielsetzungen einer Gewinnbeteiligung

Wenn auch die meisten Gründe, die zur Einführung der Gewinnbeteiligung führen, letztlich aus dem allgemeinen Anliegen heraus entstehen, die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern neu zu ordnen, so lassen sich doch auch rein betriebspolitische Zielsetzungen erkennen, die man mit einer Gewinnbeteiligung anstrebt.

1. Lohnpolitische Maßnahme

In erster Linie ist die Gewinnbeteiligung geeignet, als ein Instrument betrieblicher Lohnpolitik die unzulänglichen Leistungslohnsysteme zu ergänzen. Sie berücksichtigt die Zusammenarbeit der Betriebsgemeinschaft und ist so ein Weg zur leistungsgerechten Entlohnung. Darüber hinaus ist die Gewinnbeteiligung als geeignetes Mittel zur Abwendung von Lohnkämpfen anzusehen. Durch sie ist die Möglichkeit gegeben, daß sich das Arbeitsentgelt den konjunkturellen, örtlichen und den unterschiedlichen betrieblichen Verhältnissen am ehesten anpaßt.

2. Steigerung der Arbeitsproduktivität

Unter der Annahme, daß sich ein Arbeitnehmer lediglich von dem Streben nach größtmöglichem Einkommen leiten läßt, wird sich die leistungssteigernde Wirkung einer Gewinnbeteiligung vor allem in zweifacher Hinsicht bemerkbar machen.

a) Höhere Arbeitsleistung

Der Arbeitnehmer wird dazu beitragen, durch gesteigerte Arbeitsleistung den Unternehmungsgewinn, an dem er nun in gewissem Umfang beteiligt ist, zu vergrößern.

b) Kostenersparnis

Er wird für eine Kostensenkung derjenigen Kosten eintreten, die seinem Einflußbereich unterworfen sind. So kann beispielsweise der Verschleiß von Werkzeugen und Einrichtungen durch pflegliche Behandlung herabgesetzt, der Verbrauch von Roh- und Hilfsstoffen durch sparsame Verwendung gesenkt werden, und die Aufsichts- und Kontrollkosten können auf Grund der veränderten Einstellung der Arbeitnehmer teilweise fortfallen. Die Kontrolle der Arbeitnehmer durch besonders bestellte Aufsichtspersonen wird gewissermaßen durch Selbstkontrolle und gegenseitiges Überwachen ersetzt, weil der Gewinn dann am größten ist, wenn jeder Arbeitnehmer rationell und gewissenhaft seine Tätigkeit verrichtet.

3. Personalpolitische Folgen

Auch als personalpolitische Maßnahme ist die Gewinnbeteiligung auf eine zweifache Zielsetzung gerichtet.

a) Arbeiterfluktuation und Arbeiterstamm

Die Einführung der Gewinnbeteiligung wird auf die Arbeitnehmer eine werbende Wirkung ausüben, weil ihnen in diesen Unternehmungen ein höheres

Arbeitsentgelt geboten wird. Dem Unternehmer ist somit die Möglichkeit gegeben, sich ein tüchtiges und qualifiziertes Stammpersonal zu sichern.

b) Senkung der An- und Umlernkosten

Die Gewinnbeteiligung erscheint ferner als geeignet, das Gefühl der Betriebszugehörigkeit zu verstärken und Abwanderungen des Personals entgegenzuwirken. Ein weiterer Vorteil dieser Stabilisierung des Stammpersonals liegt in einer Senkung der An- und Umlernkosten der Arbeitnehmer. Man glaubt sogar, diese Kosten des sogenannten „labour turnover“ auf ein Mindestmaß senken zu können.

4. Gewinnbeteiligung als Maßnahme der betrieblichen Sozialpolitik

Vom sozialpolitischen Standpunkt aus wird von der Gewinnbeteiligung hauptsächlich die Beeinflussung der geistigen Haltung der Arbeitnehmer erwartet. Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sollen aufgelockert und soziale Spannungen beseitigt werden. Der Arbeitnehmer soll eingegliedert werden in die Betriebsgemeinschaft, er soll sich mit dem Betrieb verbunden fühlen und am Gedeihen des gemeinsamen Werkes mithelfen. Die materielle Aufgabe, die der Gewinnbeteiligung darüber hinaus gestellt ist, zielt auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeitnehmer durch eine Einkommensverteilung nach sozialen Gesichtspunkten. Die Idee der sozialen Gerechtigkeit verlangt eine Änderung in der Verteilung des Sozialproduktes zu Gunsten der wirtschaftlich schwächeren Gruppe der Arbeitnehmer. Diesem Ziel rückt man mit der Einführung der Gewinnbeteiligung näher.

F. Stellungnahme zur Gewinnbeteiligung

1. Die unterschiedliche Einstellung der Unternehmer zur Gewinnbeteiligung bei allgemeiner Einführung und ihre Auswirkung

Die Gewinnbeteiligungsidee hat in Arbeitgeberkreisen, wie auch auf Seiten der Arbeitnehmer – insbesondere bei den Gewerkschaften – keine einhellige Zustimmung gefunden. Gewinnbeteiligung bedeutet stets Schmälerung des realisierten Unternehmensgewinnes, wenngleich die unter Umständen produktivitätssteigernde Wirkung einer Gewinnbeteiligung nicht außer Acht gelassen wird. Diese Einkommensschmälerung wird auf der Unternehmenseite, der jeweiligen geistigen Einstellung zur Gewinnbeteiligung entsprechend, zu unterschiedlichen Reaktionen führen⁶⁰⁾.

a) Positive Einstellung

Bei positiver Einstellung der Unternehmer zur Gewinnbeteiligung darf man annehmen, daß es nicht zu einem Versuch des Ausgleichs über den Preis kommen wird. Im allgemeinen wird dieser Unternehmertyp aus seiner Einstellung zur Gewinnbeteiligung heraus die damit verbundene Gewinneinbuße akzeptieren.

⁶⁰⁾ Vgl. auch die entsprechende Betrachtung in volkswirtschaftlicher Sicht, S. 57 ff.

b) Indifferente Einstellung

Eine andere Gruppe von Unternehmen wird einer Gewinnbeteiligung indifferent gegenüberstehen, d. h. sie weder ablehnen noch ihr zustimmen. Diese Haltung wird besonders bei Angestellten-Unternehmern, etwa bei Aktiengesellschaften ohne eigenen Kapitalbesitz anzutreffen sein, die nicht in dem Maße wie die Eigentümer einer Unternehmung daran interessiert sind, einen möglichst hohen Gewinn zur Verteilung zu bringen. Auch die Frage, wem der ausschüttbare Gewinn letztlich zufließt, ob mehr den Kapitalbesitzern oder den gewinnbeteiligten Arbeitnehmern, wird diesen Unternehmertypus kaum berühren. Es besteht auch weniger die Gefahr einer Abwälzung der Einkommensverminderung auf die Preise, als einer Gewinnverschleierung aus rein betriebspolitischen Gründen, und zwar besonders dann, wenn die Interessen des Betriebes in überhöhtem Maße durch Rückstellungen oder stille Reserven den Gewinninteressen der Kapitalbesitzer und Arbeitnehmer vorangestellt werden.

c) Ablehnende Einstellung

Der Unternehmer, der die Gewinnbeteiligung ablehnt, wird versuchen, sein Einkommen auf der ursprünglichen Höhe zu halten. Es stehen ihm hierzu grundsätzlich zwei Möglichkeiten offen: Ausgleich der Gewinneinbuße über den Preis und ferner über eine verschleierte Rechnungslegung durch zu niedrig ausgewiesenen Gewinn. Die Möglichkeit einer Gewinnverschleierung kann durch die Aufnahme von Bestimmungen über die Offenlegung der betrieblichen Ertragsrechnung jedoch wirksam begrenzt werden. Allerdings lehnen die Unternehmer eine Einsichtnahme der Arbeitnehmerseite in die Geschäftsbücher im allgemeinen heftig ab⁶¹⁾.

Ob die Unternehmer die Einkommensbeschränkung auf die Preise und damit auf die Konsumenten abwälzen können, ist einmal abhängig von der Marktposition des Anbieters, und zum anderen von der jeweiligen Konjunkturlage⁶²⁾. Der Unternehmer in Monopolstellung kann ein durch Gewinnbeteiligung verringertes Einkommen durch Preiserhöhung ausgleichen. Dabei muß er allerdings berücksichtigen, daß bei stärkerer Preiserhöhung die Nachfrage nach den angebotenen Gütern zurückgehen wird, so daß er sein Gewinnoptimum nicht mehr verwirklichen kann.

Bei freier Konkurrenzwirtschaft wird ein Abwälzen der Gewinneinbuße auf die Preise auf Schwierigkeiten stoßen, sofern es nicht zu irgendwelchen Absprachen der Unternehmer kommt. Unter der Voraussetzung eines vollkommenen Marktes und freier Konkurrenz kann kein Betrieb zu höheren Preisen als den Produktionskosten des Grenzbetriebes verkaufen; d. h. des Betriebes, der, ohne mit Gewinn zu arbeiten, zur Deckung der Gesamtnachfrage noch benötigt wird. Eine Gewinnbeteiligung kann dann den Marktpreis nicht beeinflussen. In der Praxis werden natürlich, je nach dem Grade der Annäherungen an den Modellfall eines vollkommenen Marktes, Abweichungen von dieser rein theoretischen Überlegung die Regel sein.

⁶¹⁾ Beyer, H. a. a. O., S. 74.

⁶²⁾ Vgl. auch Jenny, H. a. a. O., S. 103 ff.

Inwieweit von einer Gewinnbeteiligung eine Lähmung der Unternehmerinitiative ausgeht, läßt sich nicht generell beantworten. Dieser Fall mag eintreten, wenn die Durchführung einer Gewinnbeteiligung eine verhältnismäßig starke Beschneidung des Unternehmergewinnes zur Folge hat, wenn eine Produktivitätssteigerung ausbleibt, und sich weder durch Rationalisierungsmaßnahmen noch durch Preiserhöhungen ein Ausgleich herbeiführen läßt.

Die preispolitischen Möglichkeiten des Unternehmers werden weiterhin von der jeweils herrschenden Konjunkturlage beeinflußt. Im Konjunkturaufschwung ist bei allgemein steigendem Preisniveau ein Abwälzen auf die Preise am ehesten möglich. In der Recession oder Depression läßt sich diese Maßnahme jedoch nicht durchführen. Einmal ist eine stagnierende oder gar rückläufige Wirtschaft gekennzeichnet durch Absatzschwierigkeiten und sinkende Preise, so daß ein Überwälzen kaum zu verwirklichen sein wird, zum anderen werden viele Unternehmungen nur geringen Gewinn erzielen können oder sogar mit Verlust arbeiten, so daß das Problem einer Abwälzung auf die Preise überhaupt nicht auftritt.

2. Stellungnahme der Unternehmer

Fast alle Versuche zur Einführung einer Gewinnbeteiligung gehen auf Unternehmerinitiative zurück, obwohl die Mehrheit der Unternehmer trotzdem einer Gewinnbeteiligung ablehnend gegenübersteht. Die positiven Stimmen heben vor allem die Gewinnbeteiligung als geeignetes Mittel hervor, das gegenwärtige Wirtschaftssystem zu stützen und zu erhalten⁶³⁾ und die sozialen Spannungen im Betrieb zu mildern. Vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus erwartet man ferner eine Steigerung der Arbeitsproduktivität durch verstärkte Einsatzbereitschaft der Arbeitnehmer sowie eine verringerte Fluktuation der Arbeitskräfte. Verschiedentlich verbindet man mit der Einführung der Gewinnbeteiligung auch die Absicht, die Macht und den Einfluß der Gewerkschaften zu schwächen.

Als ein Grund für die Ablehnung einer Gewinnbeteiligung wird häufig die Offenlegung der betrieblichen Ertragsrechnung und Einsichtnahme in die Geschäftsbücher bezeichnet, „... denn, wer Gewinnanspruch hat, verlangt, daß ihm der Gewinn bekanntgegeben wird“⁶⁴⁾. Daneben folgt immer wieder der Einwand, daß derjenige, der am Gewinn beteiligt ist, auch den Verlust mittragen soll, um der Idee der Partnerschaft im Betrieb gerecht zu werden. Nach der Ansicht Spiegelhalters⁶⁵⁾ hat der Arbeitnehmer auch teil am Verlust, ohne selbst Kapital eingebracht zu haben. Denn neben der Gewinneinbuße in schlechten Zeiten besteht für ihn auch ohne Gewinnbeteiligung ein Existenz- und Arbeitsrisiko, wie Entlassungsgefahr, Kurzarbeit, Lohnrückgang usw. Mehr Gewicht ist jedoch dem auch in normalen Zeiten bestehenden Risiko der Schwächung oder gar des Verlustes der Arbeitsfähigkeit durch Unfall oder Berufskrankheit beizulegen.

⁶³⁾ Bayer, H. a. a. O., S. 77.

⁶⁴⁾ Bayer, H. a. a. O., S. 74

⁶⁵⁾ Spiegelhalter, F. a. a. O., S. 39.

3. Stellungnahme der Arbeitnehmer

Die Arbeitnehmer nehmen gegenüber der Gewinnbeteiligung oft eine skeptische wenn auch nicht ablehnende Haltung ein. Insbesondere wird die Gewinnbeteiligung nicht als eine Steigerung des Gesamteinkommens betrachtet, wobei ein Teil des Lohnes nicht als Nominallohn, sondern als Gewinnanteil ausbezahlt wird⁶⁶⁾. Auf dieser Vorstellung begründet sich deshalb auch ihre Ablehnung, denn bei Verlustabschluß oder auch nur geringem Gewinn würde das Gesamteinkommen sinken und der Arbeitnehmer wäre schlechter gestellt als zuvor. Gewinnbeteiligung sollte deshalb kein Ersatz für Lohnzahlung sein. Es ist eine Hauptvoraussetzung für die Gewinnbeteiligung, daß die Löhne des die Beteiligung der Arbeitnehmer einführenden Unternehmens nicht hinter den Durchschnittslöhnen der betreffenden Branche zurückbleiben. Auch werden besondere Bedenken hinsichtlich der Gefahr einer Aufsplitterung einer einheitlichen Interessenvertretung der Arbeitnehmer geltend gemacht, ein Vorwurf, der auch immer wieder von gewerkschaftlicher Seite erhoben wird. Dieser negativen Einstellung der Gewerkschaften bringt der Arbeitnehmer nicht immer Verständnis entgegen. Er ist viel mehr auf seinen materiellen Vorteil bedacht als an der machtpolitischen Seite dieses Problems⁶⁷⁾.

4. Stellungnahme der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften lehnen die Gewinnbeteiligung – insbesondere in ihrer individuellen Form – im allgemeinen ab, bestensfalls verhalten sie sich noch abwartend. Sie befürchten vor allem, die Arbeitnehmer könnten den Gewerkschaften entfremdet werden und es könnte eine Art „Arbeiteraristokratie“ entstehen. Oft wird auch argumentiert, die Gewinnbeteiligung sei ein gefährliches Mittel, die sozialen Spannungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu verdecken; sie sei geeignet, einen „Betriebspartikularismus“ zu züchten, und die Solidarität und Macht der Arbeitnehmer wird zuweilen mit der Begründung abgelehnt, „Gewinnanteile seien Bestechungsgelder“, sie seien nur ein Teil des den arbeitenden Menschen vorenthaltenen Lohnes, den sie für ihre Leistung zu beanspruchen hätten.“⁶⁸⁾

Man hegt auch die Befürchtung, daß bei stärkerer Verbreitung der Gewinnbeteiligung das Gewicht des Grundlohnes, den die Gewerkschaften aushandeln, mehr in Richtung auf den Gewinnanteil hin verschoben würde, der außerhalb ihres Machtbereiches liegt⁶⁹⁾. Die Gewerkschaften bevorzugen daher gegenüber einer Gewinnbeteiligung ein elastisches Lohnsystem, bei dem es gelingt, die Entlohnung eng an die individuelle Leistung zu koppeln.

⁶⁶⁾ Bayer, H. a. a. O., S. 78.

⁶⁷⁾ Debatin, O. a. a. O., S. 52.

⁶⁸⁾ Debatin, O. a. a. O., S. 52.

⁶⁹⁾ Vgl. Debatin, O. a. a. O., S. 54.

IV. Kapitel:

Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen bei Anlage der Gewinnbeteiligungsquoten nach dem Plan Berkenkopf-Fels

A. Veränderungen der Einkommenslage

1. Steigerung bei den Arbeitnehmern

Die betriebswirtschaftlichen Untersuchungen führen zu dem Ergebnis, daß es für den einzelnen Betrieb, abgesehen von dem Fall der temporären Einbehaltung und Verwaltung der Gelder durch die Unternehmung selbst, unbedeutend ist, in welcher Form die Gewinnbeteiligungsquoten an die Arbeitnehmer zur Ausschüttung gelangen. Aus volkswirtschaftlicher Sicht können sich jedoch Wirkungen auf den Wirtschaftsablauf ergeben, wenn die Beteiligungsquoten den Arbeitnehmern durch Barausschüttung, in irgendeiner sonstigen Anlageform oder in Form von Versicherungsprämien zugeführt werden.

Es soll lediglich der letztere Fall weiter verfolgt werden, wobei unberücksichtigt bleibt, ob bei dieser Anlageform der Gewinnquoten wertmäßig Differenzen gegenüber einer beliebigen anderen Durchführung der Gewinnbeteiligung auftreten. Ausgehend von der Überlegung, daß eine Gewinnbeteiligung zwangsweise eine Verschiebung in der Einkommenslage hervorruft, sind zunächst die Wirkungen der veränderten Einkommenslage der Arbeitnehmer zu betrachten.

a) Höherer Konsum

Die Erhöhung des Einkommens als Folge der Gewinnbeteiligung führt nicht zu einer sofortigen Konsumtion dieser Gelder. Bei zweckentsprechender Verwendung – für die zusätzliche Sicherung des Arbeitnehmers bzw. seiner Hinterbliebenen – wird die Steigerung der kaufkräftigen Nachfrage nur langsam eine entsprechende Erhöhung des Verbrauchs und der Konsumgütererzeugnisse bewirken. Anders ist die Situation auf dem Geld- und Kapitalmarkt. Werden die durch den aufgeschobenen Konsum der Arbeitnehmer gesparten Mittel bei den Versicherungsgesellschaften belassen, so tritt gleichermaßen eine Erhöhung des volkswirtschaftlichen Geldangebotes am Kreditmarkt ein.

b) Sinken der absoluten Spartätigkeit

Die Gewinnbeteiligung ist infolgedessen nicht ohne Einfluß auf die Spartätigkeit. Ein Teil des von der Gesamtheit der Unternehmungen erzielten Gewinnes wird umgewandelt in einen Anspruch des Arbeitnehmers auf ein in der Zukunft an ihn oder seine Hinterbliebenen auszuzahlendes Kapital. Somit gelangen die Gewinnanteile nicht erst in die Hände der Arbeitnehmer, sondern direkt von den Unternehmungen in die Verfügungsgewalt der Versicherungsgesellschaften.

Infolge der Lebensversicherung wird eine Verschiebung in dem Bereich des Sparens eintreten, denn die Arbeitnehmer, die bisher gespart haben, werden

diese Spartätigkeit vermindern, da die Aufgabe des Sparens nunmehr teilweise durch die Gewinnbeteiligung in Form einer Lebensversicherung ersetzt wird.

Jedoch wird die Spartätigkeit seitens der am Gewinn beteiligten Arbeitnehmer nicht vollständig aufhören⁷⁰⁾.

Der Arbeitnehmer wird, sofern er bisher schon einen Teil seines Einkommens gespart hat, auch nach dem Entstehen eines Anspruches diesen Anspruch nicht als vollgültigen Ersatz für die Sicherheit des Sparens betrachten.

c) Verstärktes Zwecksparen

Dagegen wird bei gleichbleibender Spartätigkeit vor allem eine Veränderung in der Verwendung der gesparten Mittel eintreten. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß die bei den Sparkassen eingezahlten Gelder der Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen selten zur Sicherung vor Notlagen in der Zukunft erfolgten. In den weitaus meisten Fällen war diese Spartätigkeit für größere Anschaffungen gedacht. Man darf hierbei allerdings als besondere wirtschaftliche Situation nicht den bedeutend Nachholbedarf der Nachkriegszeit in Kleidung, Möbeln, Wohnraum und anderen Gütern des gehobenen Bedarfes unberücksichtigt lassen, der mit für dieses reine Zwecksparen verantwortlich war. Es hat jedoch den Anschein, als ob in Zeiten, in denen weite Bevölkerungskreise die Sorge vor Not und Verarmung als Angelegenheit der staatlichen Fürsorge betrachten, diese Form des reinen, auf die unmittelbare Zukunft gerichteten Zwecksparens immer mehr an Bedeutung gewinnt. Eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer mittels einer Lebensversicherung würde dem Gedanken des Zwecksparens noch stärkeren Auftrieb geben.

2. Einkommensschmälerung bei den Kapitalbesitzern

Mit dem Anspruch der Arbeitnehmer auf ein zukünftiges Kapital wird bei den Kapitalbesitzern eine Schmälerung ihres Einkommens eintreten. Diese Einkommensschmälerung muß auf die Dauer keine absolute Schlechterstellung sein. Es kann durchaus der Fall eintreten, daß beispielsweise nach einer Umsatzsteigerung und besserer Kapazitätsausnutzung der Gewinn der Kapitalbesitzer auch nach Einführung einer Beteiligung der Arbeitnehmer noch eine Steigerung erfährt.

a) Teilweiser Ausgleich durch Leistungssteigerungen der Arbeitnehmer

Unter den verschiedenen Motiven, die die Befürworter einer Gewinnbeteiligung anführen, befindet sich auch das gewichtige Argument, daß die Gewinneinbuße der Kapitalgeber durch eine Leistungssteigerung der Arbeitnehmer ihren teilweisen Ausgleich finden würde. Gewinnbeteiligung ist in diesem Fall als sogenanntes „Incentive“ gedacht, dessen Grundgedanke darin besteht, durch finanzielle Zuwendungen oder auch organisatorische Maßnahmen die Arbeitnehmer zu besserer Leistungshergabe im Dienste der Unternehmer zu bewegen⁷¹⁾.

70) Vgl. Bayer, H. a. a. O., S. 65.

71) Vgl. Bayer, H. a. a. O., S. 65.

Betriebspolitisch ist die Gewinnbeteiligung ein geeignetes Mittel, Spannungen im Betrieb zu mildern, die Arbeitsfreude und Arbeitsintensität der Arbeitnehmer zu erhöhen und die besten Fachkräfte anzuziehen. Des weiteren lockt sie, in Ergänzung von Zeit- und Stücklohn, den relativ starren Lohn auf und bringt ihn in ein Verhältnis zum Unternehmungsgewinn und zur Arbeitsproduktivität. Die Teilnahme der Arbeitnehmer am Unternehmungsgewinn bewirkt, daß die Produktivität der Arbeit sich infolge der Leistungssteigerung oder Kostensenkung in begrenztem Umfang erhöhen kann.

b) Auswirkungen auf den Konsum der Kapitalbesitzer

Die veränderte Einkommenslage der Kapitalbesitzer wirkt sich teilweise auf den Konsumgütermarkt aus. Bei der Untersuchung, inwieweit durch die Einkommensschmälerung ein Nachfragerückgang in der Verbrauchsgütersphäre eintritt, muß die Gruppe der Kapitalbesitzer unterteilt und isoliert betrachtet werden.

Die Kleinkapitalbesitzer, in der Hauptsache Rentner, die vom Schneiden der Coupons leben, werden von einer Verringerung ihres Einkommens am stärksten betroffen. Diese Schicht wird gezwungen, ihren Konsum um den von ihrem Gewinnanteil an die Arbeitnehmer abgeführten Betrag zu kürzen. Volkswirtschaftlich gesehen ist der Konsumrückgang von dieser Seite jedoch praktisch bedeutungslos, denn einmal ist die Zahl derjenigen, die aus dieser Quelle ihr gesamtes Einkommen beziehen, recht begrenzt, zum anderen entspricht dem hier auftretenden geringfügigen Konsumrückgang mindestens die oben geschilderte Konsumerweiterung auf Seiten der Arbeitnehmer und wird darum das Konsumvolumen kaum berühren. Hierzu führte Jenny jedoch aus:⁷²⁾ „Wenn wir annehmen, daß die Gewinnanteile vor Einführung der Gewinnbeteiligung ebenfalls für Konsumzwecke verausgabt wurden, so bleibt wohl die Konsumquote als Ganzes gleich, aber es ändert sich die von ihr ausgehende Nachfrage nach den einzelnen Konsumgütern. Die Nachfrage der früheren Gewinnbezieher, mit ihren höheren Einkommen, richtet sich wohl zur Hauptsache nach Luxusgütern. Die Arbeitnehmer dagegen wenden ihre Nachfrage anderen Gütern zu. Von ihnen werden in erster Linie Güter des Massenbedarfs konsumiert. Der Mindernachfrage nach Luxusgütern steht also eine Mehrnachfrage nach Gütern des Massenverbrauchs gegenüber. Die Folge hiervon ist eine Produktionsumschichtung, nämlich eine Einschränkung der Luxusgüterproduktion zu Gunsten der Massenproduktion.“

Hier ist Jenny nicht vollständig beizupflichten, denn der Kleinkapitalbesitzer, dessen Einkommen geschmälert wird, fragt ebenfalls Gütern der Massenproduktion nach; der Großkapitalist wird sich durch eine gewisse Schmälerung seines Einkommens nicht veranlaßt sehen, Einschränkungen vorzunehmen, denn er gibt das Geld, das ihm als Einkommen zufließt, keineswegs vollständig für den Konsum aus, sondern nur einen gewissen Teil davon, während der größere Teil für Investitionen Verwendung findet.

⁷²⁾ Jenny, H. a. a. O., S. 111 f.

3. Die Auswirkungen auf das Investitionsvolumen

Bedeutsam bemerkbar macht sich die Einkommensschmälerung der Kapitalbesitzer, insbesondere der Großkapitalbesitzer in ihren Auswirkungen auf das Investitionsvolumen. Die Investitionsmittel werden um die Gewinnbeteiligungsquote abzüglich des Betrages, der vor Einführung der Gewinnbeteiligung im Konsum seine Verwendung fand, verringert. Dieser Rückgang der Investitionen gilt jedoch nicht für das gesamte Investitionsvolumen, denn es erfolgt ein vergrößerter Zufluß von einzelnen Mitteln über die Versicherungsgesellschaften, und zwar in allen jenen Zweigen der Wirtschaft, die den Versicherungsgesellschaften als Investitionsmöglichkeiten wegen ihrer besonderen Vorschriften offen stehen.

4. Auswirkungen auf die staatlichen Finanzen

Für die staatlichen Finanzen ergibt sich durch die Einführung der Gewinnbeteiligung eine Verminderung des steuerlichen Aufkommens. Die Gewinner Empfänger vor der Einführung einer Gewinnbeteiligung stehen größtenteils auf einer hohen steuerlichen Progressionsstufe. Durch die Verminderung ihres Einkommens auf Grund der Gewinnbeteiligung kommen sie nunmehr jedoch in eine Steuerklasse mit einer weniger starken Progression. Die Arbeitnehmer werden, sofern die steuerlichen Freibeträge für die Altersversorgung wie bisher bestehen bleiben, die Gewinne in den meisten Fällen nicht versteuern müssen, da sie innerhalb dieses Freibetrages bleiben. Nur in Einzelfällen werden Arbeitnehmer ihre Freibeträge so weit ausgeschöpft haben, daß ihre Gewinnquoten ebenfalls zur Besteuerung herangezogen werden müssen.

B. Die Auswirkungen bei Widerstand der Kapitalbesitzer gegen eine Gewinnschmälerung

Bei Betrachtung der veränderten Einkommenslage der Kapitalbesitzer wurde eine Unterscheidung in Klein-Kapitalbesitzer (Rentner), Groß-Kapitalbesitzer und Manager ohne eigenen Kapitalbesitz getroffen. Je nach der Reaktion dieser einzelnen Personengruppen auf eine Verminderung ihres Einkommens, können entsprechende Auswirkungen in der Wirtschaft beobachtet werden. Finden sie sich mit der Einkommensschmälerung ohne weiteres ab, so werden weder der Konsumgütermarkt⁷³⁾ noch der Geldkapitalmarkt⁷⁴⁾ Veränderungen zeigen. Welche Situation sich jedoch bei Widerstand der Kapitalbesitzer gegen eine Gewinnminderung ergibt, soll in der folgenden Untersuchung aufgezeichnet werden⁷⁵⁾.

1. Klein-Kapitalbesitzer

Der Rentner, der auf das Betriebsgeschehen keinen Einfluß hat, wird ver-

⁷³⁾ außer der Konsumeinschränkung der Rentner; siehe auch S. 58.

⁷⁴⁾ Beachte jedoch die Verschiebung der Investitionstätigkeit zu Gunsten der Versicherungsgesellschaften.

⁷⁵⁾ Vgl. auch die betriebswirtschaftlichen Untersuchungen dieses Problems Seite 52 ff.

suchen, sein Geld günstiger anzulegen, so daß es wiederum eine höhere Verzinsung als durch die Anlage in Aktien erfährt. Er wird sich vom Aktienmarkt ab- und den Obligationen zuwenden, sofern dieser Wechsel eine der früheren Verzinsung seines Kapitals gleiche oder nahekommende Rendite bringt. In der Folge wird sich also eine verstärkte Nachfrage nach Obligationen einstellen und damit auch eine Erhöhung deren Kurse. Diese Kurssteigerung bedeutet gleichzeitig eine niedrigere Effektivverzinsung. Die Entwicklung wird so lange anhalten, bis der Punkt erreicht ist, bei dem es nicht mehr rentabler erscheint, Obligationen statt Aktien zu erwerben. Das Ergebnis besteht insgesamt in einer Kurssteigerung auf dem Obligationenmarkt.

2. Anteilseigner der Personengesellschaften

Des weiteren werden die Anteilseigner der Personengesellschaften, Personengruppen also, die von einer allgemeinen Einführung der Gewinnbeteiligung stärker betroffen werden als die Aktionäre, versuchen, ihre Gelder in festverzinslichen Werten anzulegen. Es besteht einmal die Möglichkeit, daß sie auf die Firmen, an denen sie beteiligt sind, in der Weise einwirken, ihre Beteiligung in der Form eines festverzinslichen Darlehens zu übernehmen, oder sie ziehen ihre Gelder zurück und legen sie in festverzinslichen Papieren an. Für die betroffenen Personengesellschaften wird sich dadurch unter Umständen eine gesteigerte Zinsbelastung bemerkbar machen. Auf dem Obligationenmarkt wird es zu der bereits aus anderen Gründen bewirkten Kursbewegung nach oben kommen.

3. Manager in verschiedenen Marktformen

Bei den Managern ohne Kapitalbeteiligung ist die Situation wesentlich anders. Sie üben einen direkten Einfluß auf den Betrieb und das Betriebsgeschehen aus und sind in der Lage, einer Gewinnverminderung in der Weise entgegenzuwirken, daß sie die erlittene Einbuße durch Preismanipulationen auszugleichen suchen. Der Unternehmer betrachtet in diesem Falle die Gewinnbeteiligung als Kostenfaktor und wälzt diese Kosten auf die Preise ab, sofern ihm die Marktsituation diese Preiserhöhung gestattet.

a) Monopolsituation

Beindet sich ein Unternehmer in Monopolsituation und bestehen keine gesetzlichen Preisbindungen, so kann er fürs erste durch eine Preiserhöhung eine Steigerung des Gewinnes erreichen. Dieses Vorgehen wird jedoch die Arbeitnehmerseite, vertreten durch die Gewerkschaften, auf den Plan rufen, die dieser Preiserhöhung mit höheren Lohnforderungen begegnen werden. Betrachtet man den Verlauf der bisherigen Lohnkämpfe in der Bundesrepublik, so haben die Gewerkschaften bei der Vollbeschäftigung eine günstige Ausgangsposition, um ihre Forderungen durchzusetzen. Die Beurteilung dieses Problems vom volkswirtschaftlichen Standpunkt führt zu dem wichtigen Erfordernis, Monopolstellungen in ihrer Macht so zu beschränken, daß eine Gewinnbeteiligung nicht zu Lasten der Allgemeinheit geht⁷⁶).

⁷⁶) Vgl. Bayer, H.: a. a. O., Seite 143.

b) Konkurrenzwirtschaft

Dem in freier wirtschaftlicher Konkurrenz stehenden Unternehmer bliebe die Möglichkeit, gemeinsame Absprachen zu treffen und damit die Gewinneinbuße über die Preise wieder auszugleichen. Nun ist jedoch eine betriebsindividuelle Preis- und Absatzpolitik gerade das Kennzeichen freier Konkurrenzwirtschaft, so daß es bei dieser Marktform nur schwer zu einem gemeinsamen Vorgehen kommen dürfte. Zum anderen setzt nur ein Teil der Unternehmer einer Gewinnbeteiligung Widerstand entgegen, während andere Unternehmer sie auch befürworten und deshalb an diesen kartellmäßigen Absprachen nicht teilnehmen würden.

c) Oligopolistische Marktform

Anders ist die Situation bei der in der Wirklichkeit häufig auftretenden oligopolistischen Marktform, bei der nur einige wenige Anbieter das gesamte Angebot bestreiten. Selten führt die oligopolistische Preispolitik in ihrer überaus scharfen Form zur gegenseitigen Verdrängung vom Markte, wenn es auch bisweilen zu scharfen Preiskämpfen, insbesondere in Krisenzeiten, kommt. Weit häufiger sind jedoch die einzelnen Anbieter darauf bedacht, keinen Preiskampf zu entfesseln, der bei konsequenter Verfolgung am Ende das Verschwinden der schwächsten Konkurrenten vom Markte bedeuten würde.

Für diese Marktform ist die Gemeinsamkeit des Vorgehens und die Tendenz zum Kartell bzw. Monopol etwas Typisches. Es könnte also in diesem Falle zu gemeinschaftlichen Absprachen und zum Abwälzen der Gewinnbeteiligung auf die Preise kommen. Folgt den Preiserhöhungen eine alsbaldige Lohnsteigerung, so findet der Gütertausch lediglich auf höherem Niveau statt. Benachteiligt würden in diesem Falle vor allem die Bezieher fester Einkommen, die bei den gestiegenen Preisen ihren Konsum einschränken müßten.

C. Die Verwendung der Gewinnanteile durch die Versicherungsgesellschaften

1. Die Investitionsvorschriften der Versicherungsgesellschaften

Das nicht zur Konsumtion benötigte Einkommen wird bei wirtschaftlicher Zielsetzung in der rentabelsten und sichersten Anlageform angelegt. Das gleiche Bestreben gilt auch für die Lebensversicherungsgesellschaften, doch besitzen diese nicht volle Freizügigkeit, sondern sind an die Versicherungsaufsichtsgesetze gebunden, wonach sie ihre Gelder nach dem Prinzip der größten Sicherheit anlegen müssen. Auf der anderen Seite sind sie als volkswirtschaftliches „Sammelbecken des Kapitals“ gehalten, ihre Kapitalien zu niedrigen Zinssätzen zu investieren.

2. Anlage der Gelder im sozialen Wohnungsbau

So hat beispielsweise die deutsche Versicherungswirtschaft erhebliche Gelder im sozialen Wohnungsbau angelegt. Es handelt sich in diesen Fällen also um Investitionsbeiträge, die sich keineswegs nach dem Grundsatz der möglichst hohen Rendite verzinsen. Bei einer allgemeinen Einführung der Gewinnbetei-

ligung würden die Gelder, die durch die Einführung der Gewinnbeteiligung den Versicherungsunternehmungen zur Verfügung stehen, gemäß den Anlagebestimmungen der Versicherungsaufsichtsbehörde und der erwähnten Verpflichtung seitens der Versicherungswirtschaft vor allem in Wohnungsbauten angelegt werden. Das bedeutet eine Vergrößerung des Kapitalvolumens zu Gunsten einer intensiveren Bautätigkeit. Dies widerspricht jedoch der wirtschaftspolitischen Zielsetzung. Die Wirtschaftszweige, denen die verteilten Gewinne als Selbstfinanzierungsmittel fehlen, würden eine unzureichende Investitionstätigkeit aufweisen. Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, sollten die Versicherungsaufsichtsbestimmungen erweitert werden, so daß die Gelder zu den Industriegruppen mit einem dringenden Investitionsbedarf gelenkt werden können. Wenn ein beachtlicher Teil des Volkseigentums durch die Hand der Lebensversicherung geht, so ist es auf jeden Fall ein volkswirtschaftliches Erfordernis, daß die gesetzlichen Bestimmungen den Versicherungsbetrieben die Möglichkeit einer gesamtwirtschaftlich verantwortlichen Sachverwaltung dieses Geldkapitals geben.

3. Sofortkredite an die Arbeitnehmer

Der Plan Berkenkopf-Fels sieht weiterhin vor, das Geld, das aus den Quoten der Gewinnbeteiligung in Lebensversicherungsprämien angelegt wird, den Arbeitnehmern in besonderen Fällen auch schon vor der an sich zu erbringenden Leistung zukommen zu lassen. Man will dadurch dem Arbeitnehmer in seinen wirtschaftlichen Vorhaben soweit wie möglich entgegenkommen, und zwar auch schon vor der Auszahlung im Erlebensfalle und vor dem Erreichen einer bestimmten Altersgrenze oder vorzeitigem Ableben.

a) Hypothekarkredite

Arbeitnehmern, die ein Eigenheim zu erwerben beabsichtigen, können aus dem investierten Deckungskapital der Versicherungsgesellschaften Hypothekarkredite zu günstigen Zinsen gewährt werden. Auf diese Weise würde der Wunsch vieler Arbeitnehmer nach einem Eigenheim realisiert, was zweifellos ein nicht unwesentlicher Beitrag zur sozialen Entspannung ist.

b) Wohnungszuschüsse

Neben der Hypothekarkreditgewährung ist auch an die Gewährung von Wohnungsbauzuschüssen in Darlehensform zu denken, die in Anbetracht der sich noch einige Jahre erstreckenden Wohnungsknappheit in der Bundesrepublik von Bedeutung wäre. Auch könnten sich hieraus nicht unerhebliche psychologische Auswirkungen auf den Arbeitnehmer ergeben, da ein Teil der deutschen Arbeitnehmer noch in unzureichenden Wohnungsverhältnissen lebt, die mehr als vieles andere geeignet sind, soziale Gegensätze im Bewußtsein der Arbeitnehmer zu verschärfen. Auch ergeben sich aus den schlechten Wohnverhältnissen vielfach ungünstige psychologische Folgen, die unter anderem zu Leistungsverschlechterungen führen. Die in Erwägung gezogenen Sofortkredite in Form von Wohnungsbauzuschüssen und Hypothekarkrediten würden auch keine weitergehenden Änderungen der gesetzlichen Bestimmungen für die Kapitalanlage der Versicherungsgesellschaften notwendig machen.

c) Sonstige Sofortkredite

Weitere Möglichkeiten, um den Arbeitnehmer vor der Auszahlung der Versicherungssumme – bei Eintritt des Versicherungsfalles – in den Genuß der Gewinnbeteiligung kommen zu lassen, bestünden in der Gewährung von Sofortkrediten zum Zwecke der Ausbildungsfinanzierung seiner Kinder. Es wäre denkbar, daß ein Kredit an den Studierenden direkt gewährt wird, wobei eine Bürgschaftsübernahme durch die Eltern und eine Sicherheitsleistung mittels der Lebensversicherungspolice erfolgen könnte. Dieselben Möglichkeiten bieten sich nun auch bei der Aussteuerfinanzierung einer Tochter. In diesem Falle würde der Kredit ebenfalls aus dem Deckungsstock⁷⁷⁾ der Versicherungsgesellschaften genommen werden.

D. Gewinnbeteiligung und Konjunkturverlauf

Gewinnhöhe und Konjunktur stehen in einer gegenseitigen Wechselwirkung. Einerseits beeinflußt die Konjunktur den Gewinn, auf der anderen Seite wirkt der Gewinn über die verschiedenen Formen der Gewinnausschüttung wiederum auf die Konjunkturentwicklung ein⁷⁸⁾. Eine umfassende Darstellung der damit verbundenen Problematik würde den Rahmen dieser Arbeit überschreiten. Die Ausführungen beschränken sich auf die volkswirtschaftlichen Ergebnisse einer Anlage der Gewinnquoten in der Bauwirtschaft und anderen Wirtschaftszweigen im Verlauf der wirtschaftlichen Wechsellagen⁷⁹⁾.

1. Auswirkungen im Aufschwung

Die Bautätigkeit ist besonders geeignet, auf den Ablauf der Konjunktur aller Industriezweige einen Einfluß zu nehmen. Der Aufschwung einer Konjunktur ist neben anderen Faktoren auf eine Steigerung der Nachfrage zurückzuführen; diese Belebung ging in der Vergangenheit fast immer vom Bauparkt aus⁸⁰⁾. Die rasche und stetige Zunahme der Bevölkerung ergab eine dauernd steigende Nachfrage nach Wohnungen. Die Bauunternehmer konnten somit ohne großes Risiko ihre Bauvorhaben durchführen, denn sie durften mit baldigem Absatz rechnen. Darüber hinaus bestand ein besonderer Investitionsreiz infolge des in der Depression niedrigen Zinsniveaus, der gesunkenen Arbeitslöhne und der niedrigen Rohstoffpreise. Da die mangelnde Elastizität der Mietpreise nur zu einem langsamen und geringen Fallen gegenüber den Preisen der Kostengüter führte, vergrößerte sich somit die Gewinnspanne der Bauunternehmer.

„Sie fragten nach Rohstoffen und stellten Arbeiter ein, um die Produktion von Bauten durchzuführen. Diese Nachfrage nach Rohstoffen bewirkte ein lang-

77) Dieses wäre natürlich nur dann möglich, wenn die Vorschriften zur Anlage des deckungsstockpflichtigen Kapitals eine Änderung erführen.

78) Vgl. Jenny, H. a. a. O., S. 112 f.

79) Vgl. Spiethoff, A.: Artikel „Krisen“, in: H. d. St. 4. Aufl. S. 17: „Eine wirtschaftliche Wechsellage ist ein Zeitabschnitt der Zunahme oder der Abnahme der Kapitalanlage und des unmittelbaren Verbrauchs, wobei der der Zunahme „Aufschwung“, der der Abnahme „Stockung“ genannt sei.

80) Vgl. Carell, Erich: „Die Konjunktur“. Jena 1932, S. 23 ff.

sames Steigen der Rohstoffpreise und eine Nachfrage der Rohstoffproduzenten nach Arbeitern (und später Maschinen) zur Ausdehnung ihrer Produktion. So konnte der Baumarkt konjunkturauslösend wirken“⁸¹⁾. Von besonderer Wichtigkeit ist hierbei die Bevölkerungsvermehrung; bei stagnierender oder gar rückläufiger Bevölkerungsbewegung kann die konjunkturauslösende Wirkung nur sehr beschränkt wirksam werden oder gar ausfallen⁸²⁾.

Bei Anlage der den Versicherungsgesellschaften zufließenden Gewinnquoten im Wohnungsbau lassen sich also Einwirkungen auf den Konjunkturablauf feststellen, die dem Stand der jeweiligen Wirtschaftslage entsprechend von unterschiedlicher Wirkung sind. Die zu verwaltenden Gelder stellen eine disponible Investitionssumme dar, die zur Unterstützung der Konjunkturpolitik eingesetzt werden kann, wobei die Regulation des Wirtschaftsprozesses nicht durch den Staat, sondern durch private Wirtschaftsunternehmen als Träger wirtschaftspolitischer Maßnahmen erfolgt.

Die Unternehmer verwenden die im Konjunkturaufschwung anfallenden Gewinne ohne eine Gewinnbeteiligung größtenteils zu Investitionszwecken. Nach Einführung der Gewinnbeteiligung wird das gesamte Investitionsvolumen einer Volkswirtschaft keinen stärkeren Veränderungen unterliegen. Hingegen werden Änderungen in der Investitionsrichtung eintreten, und zwar dadurch, daß diese Mittel nicht mehr überwiegend als Selbstfinanzierungsmittel der Unternehmer zur Ausdehnung des Produktionsapparates verwendet werden, sondern über die Versicherungsgesellschaften den Investitionsobjekten zugeführt werden.

Eine Sofortausschüttung der Gewinne an die Arbeitnehmer würde zu einer vermehrten Nachfrage nach Konsumgütern und im weiteren Verlauf auch nach Produktionsgütern führen. Die gleiche stimulierende Wirkung kann jedoch auch beispielsweise über eine verstärkte Bautätigkeit erzielt werden. Eine Sperre der Gewinnausschüttung und Anlage der Beträge im Wohnungsbau ist einer sofortigen Barauszahlung im Hinblick auf den gesamten Konjunkturablauf vorzuziehen. Denn im Zeitpunkt der Hochkonjunktur kann eine sofortige Barauszahlung zur Vergrößerung eines möglichen Kaufkraftüberschusses beitragen und eine inflatorische Entwicklung begünstigen. Der Vorschlag von Jenny, im Konjunkturaufschwung sowie in der Depression Barauszahlungen vorzunehmen und in der Hochkonjunktur die Gewinnanteile zu sperren, dürfte in der Praxis nur schwer zu verwirklichen sein. Einmal würde diese Regelung einen zu komplizierten Aufbau der Gewinnbeteiligung erfordern, der bei den Arbeitnehmern, die diese volkswirtschaftlichen Zusammenhänge nicht überblicken können, Mißtrauen und Ablehnung hervorrufen könnte. Ein weiteres kaum zu lösendes Problem besteht in der Abgrenzung der verschiedenen Konjunkturphasen, um den Zeitpunkt des Konjunkturumschwungs und damit den Wechsel in der Gewinnausschüttung festzulegen. Natürlich werden auch in dieser Zeit des Konjunkturaufschwungs Barauszahlungen erfolgen, und zwar über die Versicherungsgesellschaften an diejenigen Arbeitnehmer bzw. Hinterbliebenen der Versicherten, die den vertrag-

⁸¹⁾ Carell, Erich: a. a. O., S. 23.

⁸²⁾ Siehe auch: Wagemann, Ernst: „Konjunkturlehre“, Berlin 1928 sowie „Einführung in die Konjunkturlehre“, Leipzig 1929.

lichen Vereinbarungen entsprechend ihre Auszahlungen erhalten. Diese Beträge zeigen die gleiche konjunkturbeeinflussende Wirkung wie eine sofortige Barausschüttung.

2. Auswirkungen im Stadium der Hochkonjunktur

In der Zeit der Hochkonjunktur wird eine verstärkte Investitionstätigkeit der Versicherungen zweifellos konjunkturverschärfend wirken. Es darf allerdings als sicher angenommen werden, daß die den Versicherungsgesellschaften zufließenden Gewinnquoten der Arbeitnehmer auch ohne eine Gewinnbeteiligung durch die Unternehmer über die Selbstfinanzierung zur Anlage gekommen wären. Bei der in der Hochkonjunktur herrschenden optimistischen Einschätzung der Wirtschaftslage werden Ausweitungen der Kapazitäten vorgenommen werden, der Kapitalzins wird infolge der starken Nachfrage steigen, Löhne und Rohstoffpreise der allgemeinen Preissteigerung folgen. Auch die Mietpreise werden eine entsprechende Preiserhöhung erfahren. In der Wirtschaft treten teilweise Schwierigkeiten bei der Kapitalbeschaffung auf und die Investitionsvorhaben werden nicht bis zum Ende durchgeführt. Um die erforderlichen finanziellen Mittel freizusetzen, kommt es in den Unternehmerhaushalten unter Umständen zu Einschränkungen des Eigenverbrauchs und infolge der neugeschaffenen Kapazitäten zur Überproduktion und zu einem Überangebot an bestimmten Waren, die vom Markt nicht mehr in vollem Umfang abgenommen werden. In zunehmendem Maße wird sich die Wirtschaft Investitionen gegenüber zurückhaltend verhalten, und der Konjunkturrückgang setzt ein. Bei den Versicherungsgesellschaften werden sich durch die hohen Gewinnausschüttungen in der Zeit der Hochkonjunktur bedeutende Kapitalbeträge ansammeln, die auch noch überwiegend in dieser letzten Konjunkturphase zur Anlage kommen. Werden diese Gelder zweckentsprechend verwendet, so kann eine Überhitzung der Konjunktur vermieden werden, die eingetreten wäre, wenn diese Kapitalien durch die Unternehmer selbst in Industriebauten und Produktionsanlagen angelegt worden wären. Die in der Hochkonjunktur zur Auszahlung gelangenden Versicherungsgelder an die Arbeitnehmer tragen anfangs ebenfalls zu einer angespannten Konjunkturlage mit Vollbeschäftigung, eventuell sogar Überbeschäftigung, bei.

Wirtschaftspolitisch wäre es deshalb zu begrüßen, wenn die Arbeitnehmer ihre Versicherungsbeträge bei der Auszahlung nicht zum sofortigen Konsum verwenden würden, sondern diese Mittel in einer Rentenversicherung anlegen oder bei Sparkassen hinterlegen würden. Die kontinuierlichen Auszahlungen würden den Arbeitnehmern auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten ein dauerndes Einkommen sichern. Dagegen wäre natürlich eine verstärkte Nachfrage am Markt für Verbrauchsgüter bei Abschwächung der Konjunktur sehr erwünscht.

3. Auswirkungen in der Depression

Auf den Konjunkturniedergang in einer Depressionsperiode ist der Einfluß der Gewinnbeteiligung positiv und wiederbelebend. Bei allen Überlegungen ist selbstverständlich unterstellt, daß eine hinreichend große Zahl von Arbeitnehmern innerhalb einer Volkswirtschaft an den Unternehmungsgewinnen be-

teilt ist, und daß ferner die zur Verteilung gelangenden Quoten eine gewisse Höhe aufweisen. Je größer der prozentuale Anteil der Gewinnquoten am gesamten Arbeitseinkommen ist, um so stärker werden die davon ausgehenden Wirkungen sein.

Während des Niederganges machen die Unternehmer im allgemeinen wenig Gewinne. Im günstigsten Falle gelingt es ihnen, die Kapitalentlohnung und den Unternehmerlohn zu erzielen. Infolgedessen werden in vielen Unternehmen zeitweise keine Mittel zur Verteilung an die Arbeitnehmer vorhanden sein und den Versicherungsgesellschaften nur geringe Beträge zufließen. Auf Grund der ungünstigen Beurteilung der Wirtschaftslage werden nur spärliche Investitionen der Unternehmer erfolgen. Die Betriebe erhalten eine erhöhte Liquidität und das Angebot an Geldkapital nimmt zu. Die bei den Versicherungsgesellschaften sich ansammelnden gesperrten Gewinnanteile müssen nicht unbedingt diesen bestehenden Geldüberschuß vergrößern. Es ist vielmehr möglich, daß gerade in dieser Periode die Versicherungen durch gesetzliche Bestimmungen angehalten sind, ihre Gelder in vollem Umfang zur Investition einzusetzen, um damit die Depression abzuschwächen bzw. die Voraussetzungen für einen allgemeinen Wirtschaftsaufschwung zu schaffen. Ohne Gewinnbeteiligung wären diese Gelder gespart worden und hätten sich infolge der geringen Nachfrage auf dem Kapitalmarkt gestaut⁸³⁾.

Mit dem Einsatz dieser Geldmittel können die Versicherungen eine ähnliche antizyklische Konjunkturpolitik betreiben wie der Staat mit seinen Haushaltsmitteln. Die zur Auszahlung an die Arbeitnehmer kommenden Beträge wirken in dieser Phase depressionsbekämpfend, weil sie einer Verkleinerung des Einkommenskreislaufes entgegenwirken. Wird überdies den Arbeitnehmern mit Hilfe von Sofortkrediten aus dem Deckungsstock der Versicherungsgesellschaften ein Ausgleich des in der Depression gesunkenen Einkommens ermöglicht, so kann über den Konsumgütermarkt ein stimulierender Einfluß auf den gesamten Wirtschaftsprozeß wirksam werden. Im Zeitabschnitt der Depression tritt also durch eine Gewinnbeteiligung mit Anlage der Quoten in einer Lebensversicherung keinesfalls eine Verschlechterung der Wirtschaftslage gegenüber einer Situation ohne Gewinnbeteiligung ein. Es darf im Gegenteil angenommen werden, daß bei dieser Form der Gewinnbeteiligung die Depression abgeschwächt wird und der wieder beginnende Aufschwung⁸⁴⁾ eine starke Unterstützung erfährt.

4. Zusammenfassung

In der Zusammenfassung kann hinsichtlich des Einflusses einer Anlage der Gewinnquoten im Wohnungsbau, in der Bauwirtschaft allgemein und sonstigen Wirtschaftszweigen festgestellt werden, daß bei dieser Verwendung der Gelder eine Aufschwungsperiode ausgelöst werden kann. In der Hochkonjunktur tritt durch die zeitweilige Sperre der Quoten eine erwünschte Dämpfung der Konjunkturlage ein. Die zur Auszahlung an die Arbeitnehmer gelangenden Versicherungsbeträge wirken nicht konjunkturverschärfend, sondern kon-

⁸³⁾ Vgl. auch Jenny, H. a. a. O., S. 116.

⁸⁴⁾ Vgl. auch Seite 69.

junkturglättend, da die höheren Gewinne im Konjunkturaufschwung nicht sofort verausgabt werden, sondern über längere Zeiträume besserer und schlechterer Wirtschaftslagen sich gleichmäßig verteilen. In der Depressionsperiode wird das am Ende dieser Phase reichlich vorhandene Kapitalangebot über die Versicherungsgesellschaften nicht erweitert. Im Gegenteil werden die Versicherungen bemüht sein, ihre Investitionen antizyklisch zu verteilen. Die an die Arbeitnehmer gelangende Gewinnausszahlung in Form von Lebensversicherungen wirkt stimulierend auf den Aufschwung. Insbesondere ist der Bauparkt geeignet, durch verstärkte Bautätigkeit – wie sie von der zu untersuchenden Gewinnbeteiligungsform gefördert wird – selbständig einen Konjunkturaufschwung auszulösen.

Bezüglich des Verhältnisses von Gewinnbeteiligung und Konjunktur kann der Ausgleich der wirtschaftlichen Wechsellagen als Ziel der modernen Wirtschaftspolitik natürlich nicht allein durch Maßnahmen der Gewinnbeteiligung und Unternehmensreform erreicht werden. Es kann aber dieses Bemühen im Sinne einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung doch wesentlich unterstützt werden⁸⁵⁾.

E. Reaktion der von der Gewinnbeteiligung ausgeschlossenen Arbeitnehmer

Der Kreis der Arbeitnehmer, der in den Genuß einer Gewinnbeteiligung gelangt, wird stets begrenzt sein. Einmal kann mit einer allgemeinen obligatorischen Einführung der Gewinnbeteiligung nicht gerechnet werden, zum anderen läßt sich die Beteiligung am Gewinn in allen nicht nach erwerbswirtschaftlichen Grundsätzen geführten Betrieben, z. B. in den Wohlfahrts- und Versorgungsbetrieben, nicht durchführen. Eine dritte Gruppe sind diejenigen Arbeitnehmer, die auch bei bestehender Gewinnbeteiligung ohne die zusätzlichen Vergünstigungen bleiben, weil sie in Betrieben, die keine Gewinne erzielen, beschäftigt sind. Bei der vorliegenden Gewinnbeteiligungsform werden diese ungünstigen Auswirkungen jedoch dadurch gemildert, daß eine Nachzahlung in späteren, wirtschaftlich besseren Jahren, den vollen Versicherungsschutz bewirkt. Es bleibt jedoch die Tatsache bestehen, daß ein beträchtlicher Kreis von Arbeitnehmern ohne eine zusätzliche Altersversorgung und ohne alle sonstigen mit der Gewinnbeteiligung verbundenen Vorteile bleibt.

Es ist eine durchaus verständliche Reaktion der von der Gewinnbeteiligung ausgeschlossenen Arbeitnehmer, daß sie eine wirtschaftliche Gleichstellung mit den am Unternehmungsgewinn Beteiligten zu erreichen suchen. Die Mittel zu dieser Egalisierung können verschiedener Art sein.

1. Lohnforderungen der Arbeitnehmer

Ungleichheit des Einkommens führt zur Forderung auf Lohn- bzw. Gehaltserhöhung der schlechter gestellten Einkommensbezieher. Derartige Inten-

⁸⁵⁾ Bayer, H. a. a. O., S. 141.

tionen haben vor allem mit Unterstützung der Gewerkschaften fast stets den entsprechenden Erfolg. Diese Lohnerhöhung bliebe nicht ohne Auswirkung auf den Wirtschaftsablauf, insbesondere auf das Preisgefüge.

2. Forderungen nach besserer Altersversorgung

Eine weitere Möglichkeiten besteht in der Forderung der Arbeitnehmer nach zusätzlicher Altersversorgung und Ansprüchen auf höhere Pensionszahlung seitens der Beamtenschaft. Sofern diesen Forderungen stattgegeben würde, bliebe das Preisniveau zunächst hiervon unberührt. Erst später, wenn die zusätzliche Altersversorgung sich in einer Kaufkraftsteigerung bemerkbar macht, sind Auswirkungen auf den Wirtschaftsprozeß zu erwarten. Eine daraus resultierende Preisbewegung würde jedoch ziemlich geringfügig sein, weil die erhöhte Kaufkraft der Rentner und Pensionäre nur langsam und nicht in großem Umfang wirksam wird.

3. Auswirkungen bezüglich des Arbeitsplatzwechsels

Zweifellos wird die Einführung einer Gewinnbeteiligung, sofern sie nur den Arbeitnehmern bestimmter Wirtschaftszweige oder Unternehmensformen zukommt, zu einem Abwandern der beteiligten Arbeitnehmer in Betriebe mit Gewinnbeteiligung führen. Man schreibt der Gewinnbeteiligung daher personalpolitisch eine werbende Wirkung auf die Arbeitnehmer zu⁸⁶⁾.

Es muß deshalb damit gerechnet werden, daß die tüchtigsten Arbeitnehmer in Unternehmungen mit Gewinnbeteiligung abwandern, um in den Genuß des dort gezahlten größeren Arbeitseinkommens zu gelangen. Die weniger tüchtigen in diesen Betrieben freigesetzten Arbeitnehmer werden die offenen Arbeitsplätze in den Betrieben ohne Gewinnbeteiligung einnehmen. Diese Fluktuation der Arbeitskräfte würde allerdings durch die entsprechenden Lohnerhöhungen oder besseren Altersversorgungen abgeschwächt werden. Mancher Arbeitnehmer wird eine durch Lohnerhöhung gesicherte Einkommenssteigerung der Ungewißheit einer Gewinnausschüttung vorziehen. In gleicher Weise dürfte sich auch eine bessere Altersversorgung auswirken, sofern die betragsmäßige Höhe der Auszahlung genügendes Gewicht hat.

F. Schlußbetrachtung

In einer abschließenden Betrachtung soll auf die Vor- und Nachteile der Gewinnbeteiligung eingegangen und die Besonderheiten herausgestellt werden, die sich aus dem Gewinnbeteiligungsverfahren nach dem Plan Berkenkopf-Fels ergeben.

Allgemein erwartet man von der Gewinnbeteiligung eine Verbesserung und Neuordnung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Daneben können grundsätzlich drei Gruppen von Zielen unterschieden werden: betriebspolitische, wirtschaftspolitische und sozialpolitische Ziele.

⁸⁶⁾ Vgl. Jenny, H. a. a. O., S. 17.

Als Mittel der Betriebspolitik können durch die Gewinnbeteiligung vor allem Spannungen im Betrieb gemildert und die Arbeitsfreude und Arbeitsintensität der Arbeitnehmer erhöht werden. Sie kann ferner das Gefühl der Betriebszugehörigkeit bei den Arbeitnehmern stärken, der unerwünschten Fluktuation der Arbeitskräfte entgegenwirken und zur Bildung eines tüchtigen und fachkundigen Stammpersonals beitragen.

Die Gewinnbeteiligung wird weiterhin die unzulänglichen Zeit- und Leistungslohnsysteme ergänzen, indem sie durch Leistungssteigerung und Kostenersparnis die Arbeitsproduktivität erhöht. Der Erfolg bleibt jedoch immer in einer starken Abhängigkeit von der Lösung der Gewinnzurechnung auf die Produktionsfaktoren. Da es keine schlüssige mathematische Lösung der Gewinnverteilung gibt und eine Gewichtung der einzelnen Faktoren am Produktionserfolg auf größte Schwierigkeiten stößt, bleibt im Grunde genommen die Gewinnzurechnung dem mechanischen Kräftespiel der wirtschaftlichen Machtgruppen, die die Produktionsfaktoren in der industriellen Gesellschaft darstellen, überlassen. Die stärkere Machtstellung der Arbeitnehmer gestattet heute, die berechtigten Forderungen auf den Gewinnanteil zu stellen. Die lange Zeit übliche Form der Zurechnung des Gewinnes an den Faktor Kapital ist kein Dogma der Marktwirtschaft. Dabei dürfen auch nicht die Probleme übersehen werden, die im Zusammenhang mit Verlustjahren entstehen. Es muß herausgestellt werden, daß gerade durch die besonderen Anlageformen und Anlagemöglichkeiten des Planes Berkenkopf-Fels in dem Arbeitnehmer ein Gefühl der Sicherheit erzeugt werden kann.

Die Befürworter der Gewinnbeteiligung aus volkswirtschaftlichen Motiven weisen darauf hin, daß sie das bestehende Wirtschaftssystem reformieren und einen Ausgleich zu den liberalen und sozialistischen Auffassungen herbeiführen kann. So hofft man auch, mit ihrer Hilfe die Verstaatlichungstendenzen auffangen zu können. Hinsichtlich ihrer Wirkung auf den Konjunkturablauf ist der Gewinnbeteiligung besondere Bedeutung beizumessen. Sie wird infolge einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung und der antizyklischen Investitionspolitik der Versicherungen einen konjunkturausgleichenden Einfluß ausüben, der besonders durch die Anlage der Gewinnbeteiligungsquoten in der Bauwirtschaft, wie es der Plan Berkenkopf-Fels vorsieht, zu beobachten sein wird.

Auf sozialpolitischem Gebiet wird vor allem die Wohlfahrtspflege und der Betriebsfrieden in den Vordergrund gestellt. So gehen die sozialen Zielsetzungen des Planes Berkenkopf-Fels vor allem darauf hinaus, den Arbeitnehmer aus dem Kreis der Besitzlosen zu den Besitzenden überzuführen und vor wirtschaftlicher Not – besonders im Alter – zu bewahren.

Literaturverzeichnis

- | | |
|----------------------|---|
| Amon, Alfred | Das Lohnproblem, 2. Aufl., Bern 1945 |
| derselbe | Die Probleme der wirtschaftlichen Dynamik, Arch. f. Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 38. Bd., Tübingen 1914 |
| Bayer, Hans | Gewinnbeteiligung, Wien 1952, S. 45 |
| Berger, Hans | Zur Gewinnbeteiligung bei der Aktiengesellschaft in: Soziale Praxis, 1938 |
| Blumer, Werner | Die Möglichkeit einer Beteiligung des Arbeitnehmers an Leitung und Gewinn des Unternehmens nach geltendem Aktienrecht, Diss. Basel 1949 |
| Carell, Erich | Die Konjunktur, Jena 1932 |
| Cassel, G. | Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, Göttingen 1900 |
| Clark, J. B. | The Distribution of Wealth, a theory of wages, interest and profits, New York 1899 |
| Crome, Karl | Die partialen Rechtsgeschäfte, Mannheim 1878 |
| Debatin, Otto | Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer? Schriftreihe des Presseausschusses Kammern/Verbände von Baden-Württemberg, Heft 4, Stuttgart 1951 |
| Diehl, K. | Zur Frage der Beteiligung der Arbeiter am Unternehmensgewinn, Weltw. A., 18. Bd., 1922 |
| Ehrenberg, Ernst | Die betrieblichen Mitspracherechte der Arbeitnehmer in Frankreich, Diss. St. Gallen 1951 |
| Einhauser, Rudolf | Die Gewinnbeteiligung, ihr Einfluß auf den Unternehmensgewinn und auf die Beziehungen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, Diss. München 1897 |
| Epstein, Jacob H. | Die autonome Fabrik, Dresden 1907 |
| Erdmann, Ernst-Gerh. | Das Recht der Arbeitnehmer auf Beteiligung an der Verwaltung der Betriebe der gewerblichen Wirtschaft, in: Schriftreihe der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Köln, Heft 5, 1952 |
| Feilchenfeld, Werner | Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten in Deutschland, Berlin 1922 |
| Franklin, Harry | Die Arbeiter-Aktienbeteiligung in den Vereinigten Staaten, Diss, Leipzig 1922 |
| Freese, Heinrich | Die konstitutionelle Fabrik, 3. Aufl., Jena 1919 |
| Greiner, Max | Die Aktiengesellschaft mit Beteiligung der Arbeitnehmer, Diss. Freiburg 1922 |

- Gutsche, Kurt Die Gewinnbeteiligung in Deutschland und England, Diss. Greifswald 1932
- Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Jena 1927
- Heyn, Walter Die Handwerker-Lebensversicherung, Berlin 1943
- Huggler, August Können die Arbeiter einer Unternehmung zu deren Leitung herangezogen und an deren Gewinn beteiligt werden? Gutachten im Auftrag der Regierung des Kantons Zürich 1919
- Jenny, Hans Die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer, Zürich 1950
- Kaskel, Walter Das neue Arbeitsrecht, Berlin 1921
- derselbe u. Ehrenzweig In welcher rechtlichen Form ist die Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital und am Gewinn des Unternehmens möglich? In: Reichsarbeitsblatt, nichtamtll. Teil, Nr. 25, S. 1027, 1921
- Lippert, Julius Der Gewinnbeteiligungsgedanke und seine Grundlagen, Berlin 1922
- Lotmar Der Arbeitsvertrag, Berlin 1900
- Lösch, Waldo Leitung, Mitbestimmung und Arbeitnehmerhaftung, Mannheim, 1951, Diss.
- Marx, Karl Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, Hamburg 1901–11
- derselbe Lohnarbeit und Kapital, Leipzig 1919
- derselbe Das Elend der Philosophie, Stuttgart 1919
- Menger, Anton Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag in geschichtlicher Darstellung, Stuttgart-Berlin 1910
- Palandt, Otto Kommentar zum BGB, 9. Aufl., München-Berlin 1951
- Preiser, E. Grundzüge der Konjunkturtheorie, Tübingen 1933
- Reinhardt, Rudolf u. Scheuner, Ulrich Verfassungsschutz des Eigentums, Tübingen 1954
- Schmalenbach, E. Pretiale Wirtschaftslenkung, Bremen-Horn 1948
- Schumpeter, Joseph Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin 1952
- Spiegelhalter, Franz Die Formen der Gewinnbeteiligung, Darmstadt 1953
- Spiethoff, Arthur Artikel „Krisen“ in H. d. St., 4. Aufl.
- Studiengemeinschaft für die Erweiterung der sozialen Arbeitnehmerfürsorge auf privatrechtlicher Grundlage, Plan „Birkenkopffels“ zur Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer in Form einer neuartigen Lebensversicherung, Köln 1949

Tänzler, Fritz	Durch Besitz zum Arbeitsfrieden, Berlin 1929
Titze, Heinrich	Ehrenbergs Handbuch des gesamten Handelsrechts, 2. Bd., 2. Abt., 1918
Wagemann, Ernst	Einführung in die Konjunkturlehre, Leipzig 1929
Wagner, Adolph	Unternehmergewinn und Arbeitslohn, Göttingen 1897
Wendlandt, Helmut	Die Umsatz-, Gewinn- und Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer in Handel und Industrie, Berlin 1922
Zwiedineck-Südenhorst v.	Artikel „Gewinnbeteiligung“ i. H. d. St., 4. Aufl., Jena 1927
derselbe	Artikel „Das Eigentum“ in Jahrbuch für National- ökonomie und Statistik, Bd. 149, Jena 1938

Lebenslauf

Als Sohn des Dr. jur. Bruno Viedge und seiner Frau Martha, geb. Bopp, wurde ich am 6. April 1927 in Heidelberg geboren. Von 1933 bis 1937 besuchte ich die Grundschule und von 1937 bis 1944 die Robert-Bunsen-Oberschule in Heidelberg. 1944 rückte ich zum Kriegsdienst ein; gleichzeitig wurde mir die Reife zuerkannt. Von 1945 bis 1946 war ich als Volontär bei einer Lebensversicherungs-AG tätig. 1946 ließ ich mich an der Wirtschaftshochschule Mannheim immatrikulieren und legte dort, nachdem ich zwischenzeitlich auch an der juristischen Fakultät der Universität Würzburg eingeschrieben war, mein Diplom-Examen im Jahre 1951 ab. Von 1951 bis 1952 war ich bei einer Sachversicherungsgesellschaft als Inspektor angestellt. 1952 ließ ich mich an der Universität Basel immatrikulieren. Im Jahre 1953 war ich neben meinem Studium als kaufmännischer Berater bei einem gemeinnützigen Verein in Südbaden tätig.

Besondere Anregungen erhielt ich während meines Studiums in Mannheim in den Seminaren und Vorlesungen der Herren Professoren Waffenschmidt und le Coutre, in Würzburg von den Herren Professoren Carell und Blomeyer und in Basel von den Herren Professoren V. F. Wagner und Salin.

Holm Ingo Viedge

Heidelberg, den 15. November 1955

